

drugs
&
politics



herausgegeben von junge linke köln

Inhalt:

Spotlights: Macht und Geld weltweit - 3

„Vorsicht – nicht auf Menschen, Tiere oder Pflanzen sprühen,
deren Vernichtung nicht erwünscht ist.“ - 5

Auf den Index - 8

„le|ga|li|sie|ren ... [frz. légaliser, zu: légal = gesetzlich < lat. legalis, legal]: ... die
Regierung will Haschisch, den Gebrauch von Marihuana l.“ - 9

In die Presse - 10

Underpin: Stichwortgeber - 10

Certainly: Mit Sicherheit sicher - 11

Zum Hanf - 12

Die Posse mit der geringen Menge - 13

Shoot: Druckräume - 14

„Wer Kaviar frißt, ist ein Rogenabhängiger“ - 16

„Laß uns mal `n Lungenzug an deiner Forelle machen“ - 16

Verhütung - 18

Entscheidungen! - 20

Legalize Erdbeereis! - 20

„The means are the seeds which bud into flower and come to fruition.“ - 21

„The fruit will always be of the nature of the seed you planted. You can't grow a rose
from a cactus seed.“ - 21

Literatur - 22

who are you? - 24

Impressum:

„drugs & politics“ wird herausgegeben von junge linke köln (c/o Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstr. 9a, 51103 Köln) und erscheint mit Unterstützung von JungdemokratInnen/Junge
Linke (JD/JL) NRW, Köln 2007, V. i. S. d. P.: B. Kerti (c/o JD/JL NRW, Brückstr. 46, 44787
Bochum). Text: dj osten

Die unterschiedlichsten Substanzen können psychoaktive Wirkungen hervorrufen. Dabei sind eher nicht die Substanzen an sich eine Gefahr, sondern ihr unsachgemäßer Gebrauch. Dieser Text beschäftigt sich am Beispiel von Hanfprodukten, sowie anderer, die Listen der Betäubungsmittelgesetzgebungen füllenden Drogen, mit dem Thema Drogenpolitik, einem „Sammelsurium meist hilfs- und wirkungsloser, repressiver, präventiver und therapeutischer Reaktionen auf Funktionen und Folgen eines ... Schwarzmarkts, den es ... gar nicht gäbe, hätte man ihn ... nicht erst erzeugt“.¹ Willkürliche Konstruktionen im gesellschaftlichen Umgang mit Drogen und ihren NutzerInnen sollen ebenso Erwähnung finden, wie daraus resultierende Zwänge und zum Teil lebensgefährliche Probleme, welche die heutige Verbotspolitik mit sich bringt, und unter deren Bedingungen es erschwert wird, einen mündigen, selbstbestimmten Umgang mit psychoaktiven Substanzen zu finden.

Spotlights: Macht und Geld weltweit

Die traditionelle Nutzung des Hanfs als Rauschmittel, so zur Herstellung von Haschisch konnte etwa in Afghanistan bis Anfang der 70er Jahre betrieben werden. Damals übte die Regierung der USA Druck auf jene Afghanistans aus, den Opium- und Haschischhandel zu unterbinden und zahlte dafür zweistellige Millionensummen. Das Verbot wurde schließlich mittels massiver Polizeigewalt durchgesetzt. Aufgrund der ungebrochen hohen Nachfrage konnte der Handel mit afghanischem Haschisch jedoch nicht unterbunden werden, aber ab Ende der 70er war es nur noch von schlechter, zumeist gestreckter Qualität. Ähnlich wurde mit Hilfe von Geldern der AntidrogenkriegerInnen die Haschischindustrie Libanons zerstört. Mitte der 90er kam in Afghanistan eine fundamental islamistische, theokratische Regierung zum Zuge, unter deren damaliger Herrschaft vor allem der lukrativere Opiumanbau forciert wurde.² Die offiziell für Forschung und Medizin benötigten Drogenmengen einzelner Staaten werden beim Ständigen Opium-Zentralkomitee in Genf angemeldet und dann verteilt. 2001 meldete die BRD beispielsweise einen Kokainbedarf von 10 kg. Vier- bis achthundert mal mehr wurden auf den Schwarzmarkt gebracht, der eigentliche Bedarf ist also viel größer. Pino Arlacchi, Boss des UN Control Program, will das Ziel der weltweiten Drogenfreiheit bis 2008 erreicht haben. Davon entfernt sich die Behörde allerdings zunehmend, denn die durch die jeweiligen Staaten angemeldeten Bedarfsmengen werden immer deutlicher übertroffen. Obwohl unter kapitalistischen Bedingungen den HändlerInnen eigentlich egal ist, was sie verkaufen, solange es genug einbringt, wird im Falle von einigen Drogen interessanterweise versucht, eine Reihe von Waren - nach denen sogar ungebrochen eine Nachfrage herrscht - dem Markt zu entziehen, um sie den potenziellen KundInnen vorzuenthalten, so daß diese nicht frei darüber verfügen können.³ Dennoch blieben Drogen ein global nicht zu unterschätzender ökonomischer Faktor. Im südlichen Afrika z. B., leben etliche KleinbäuerInnen vom Anbau der Hanfpflanze, ca. ein Viertel der global beschlagnahmten Menge stammt von dort.⁴ Im Süden Spaniens gilt vielen Einwohnern etwa des Dorfes Barbate die Ausübung eines Jobs in der Kette des Haschischschmuggels aus Marokko als Alternative zur Arbeitslosigkeit. Diese Einkommensquelle macht einen guten Teil des dortigen Broterwerbs aus.⁵ Die Organisationen, welche dieses Transportgeschäft betreiben, haben geschätzt einen jährlichen Umsatz von 10,5 Milliarden Euro. In Marokko leben mehr als 800 000 Menschen vom Hanfanbau, beinahe ebensoviele zusätzlich im Handel und Transport. Die Anbaufläche ist größer als 134 000 Hektar. BäuerInnen bringt der Anbau von Hanf acht mal soviel ein wie Getreideanbau, was ihnen einen bescheidenen Lebensunterhalt sichert.⁶ Die Vereinten Nationen (UNO) berichteten 2001, Marijuana habe auch „In Ost-Afrika ... die Stellung einer ökonomisch signifikanten Pflanze eingenommen.“⁷ Ebenso stellen auch hier immer mehr Menschen diese,

1 Scheerer `01
2 vgl. Clarke `00, Brady `02
3 vgl. Scheerer `01
4 vgl. grow `03
5 vgl. Morena `01
6 vgl. Graf `04b
7 zit. n. Hövel `03

aber auch chemische Drogen her, weil die finanzielle Not seit Inkrafttreten der Hartz 4 Gesetzgebung innovative Lösungen fordert.⁸

Mit Geldern der UNO und der USA, wurden staatliche Programme zur Ausrottung von Hanf seit der zweiten Hälfte der 90er in Libanon und Syrien jährlich durchgeführt. Die wirtschaftlichen Verluste durch fehlende Ernten sollten den BäuerInnen mit Ausgleichszahlungen vergütet werden, aber die Zahlungen an sie blieben aus. Sie halten überdies weitgehend am traditionellen Anbau dieser immerhin überhaupt einigermaßen profitablen Feldfrucht fest, obwohl die libanesische Regierung betont die Pflanzungen auszumerzen. Zur Profitabilität folgendes Beispiel: 1kg afghanisches Haschisch mittlerer Güte wird im Land selbst für etwa 125\$ gehandelt. In den Niederlanden angekommen, kostet es fast 10000\$ mehr. LandwirtInnen, welche in Afghanistan etwa Baumwolle anbauen, bekommen für ihre Ware ca. 1\$ pro kg.⁹ Angehörige der us-amerikanischen Botschaft in Pakistan boten einem Mullah in Afghanistan 1989 Entwicklungshilfeszahlungen an, wenn der Mohnanbau in dessen Provinz unterbliebe. Dies geschah in der betreffenden Region im Jahr darauf auch. Die Gelder waren jedoch auch hier nie angekommen. Nachdem der Mullah auch noch ermordet worden war, rief dessen Bruder die Bauern dazu auf, soviel Mohn anzubauen wie möglich.¹⁰

2001 verbrannte das Auge des Gesetzes am Mount-Kenia mehr als 328 Tonnen Hanf. In Pakistan verbrennt die Polizei etwa 10 % des Haschischs dessen sie weltweit habhaft werden kann. Der internationale Handel läßt sich dennoch nicht aufhalten. Schätzungen zufolge handelt es sich bei den 4500 Tonnen Marijuana, welche 2002 global beschlagnahmt wurden um rund 10% der in Umlauf befindlichen Menge. Beinahe 50% des Beschlagnahmten kommt aus Mexiko. Die zweitgrößten Anbaumengen Amerikas hat Kolumbien zu verzeichnen. In Europa wird mittlerweile doppelt soviel Cannabis beschlagnahmt, wie noch vor zehn Jahren. Das Bundeskriminalamt tippt auf Albanien als Europas größtes Grasanbauland. Die profimäßig organisierten weltweiten Handelsströme mit Marijuana und anderen Drogen sind nur möglich dank engster Verknüpfung mit Zollstellen, Politikern und Beamtentum. Haschisch ist ein wichtiger ökonomischer Faktor, vor allem der marokkanischen Wirtschaft. Hohe Konkurrenz, sowie Illegalität in diesem Business lassen die Involvierten daher immer wieder auch zu Gewalt greifen.¹¹

Der Drogenhandel dient sowohl wirtschaftlichen, als auch politischen und strategischen Interessen, auch gestützt durch das Drogenverbot. Heimliche Operationen, oft mit verdeckter geheimdienstlicher Beteiligung, werden mit Drogen finanziert, wie etliche gutdokumentierte Fälle belegen, z. B. im Vietnamkrieg, bei den rechten Contras in Nicaragua, den rechten Paramilitärs in Kolumbien oder dem Kosovokrieg, worin u. a. auch Geheimdienste der BRD verwickelt waren. Drogen- und Waffenhandel stehen weltweit in engem Zusammenhang, letzterer durch ersteren finanziert, immer zugunsten eines Gemisches aus Geschäftswelt, Bankenwesen und Regierungen. Die Bevölkerung kommt dabei zuletzt. Die hiesigen Medien rückten zur Rechtfertigung des Angriffskrieges gegen Jugoslawien ethnische Säuberungen im Kosovokonflikt in den Vordergrund. Verschleiert wurde dabei die eigene Taktik, sowie Zielsetzung des Eingreifens.¹² Übergangen wurde dabei z. B. die Unterstützung nationalistischer Gruppen, wie „... in Yugoslavia, ... the Kosovo Liberation Army (KLA), the KLA is one of the world's biggest heroin trafficking organizations.“¹³

Beim jüngsten Krieg gegen Afghanistan wurde ebenso öffentlich verschwiegen, daß man sich einheimische Verbündete gesucht hatte, die mit Drogen Profit machten.¹⁴ Während mittlerweile die dortigen Einsätze der Bundeswehr und das Engagement der Bundesregierung ebenfalls dazu dienen die afghanischen Polizeikräfte zur Bekämpfung des Opiumanbaus und des Grenzschutzes zu schulen. Dies soll Großbritanniens Vorgehen stützen den Drogenanbau zu stoppen.¹⁵

⁸ vgl. Graf `04

⁹ vgl. Brady `03a

¹⁰ vgl. Cousto`01g

¹¹ vgl. Hövel `03

¹² vgl. Behr `85, Damuzi `99, Haag `01

¹³ Brady `02

¹⁴ vgl. ebd.

¹⁵ vgl. Deutscher Bundestag `04

Drogenpolitik stellt global ein willkommenes Machtmittel dar, und schärfste Überwachung, sowie strengste sicherheitspolitische, zudem undemokratische Maßnahmen gelten längst als opportun. In den USA gibt es als Äquivalent zu dem, als Antiterrormaßnahmen verkauften, Abbau von Grund- und Freiheitsrechten, den sogenannten „Schily-Paketen“, die immerhin weniger hutzelig klingenden „Patriot Acts“.¹⁶

Die Machtmittel, die durch die Prohibition zur Verfügung stehen, werden weltweit regelmäßig u. a. durch Angehörige der Exekutive mißbraucht, sei es durch Bereicherung, indem selbst mit Drogen gehandelt wird oder auch indem die Machtposition gegenüber Verdächtigen, etwa durch ungerechtfertigte Hausdurchsuchungen etc. ausgenutzt wird. Hierbei kommt es immer wieder auch zu Todesopfern. Die Täter aus den Reihen der Polizei decken sich aber zumeist gegenseitig. Werden sie dennoch belangt, kommen sie oft mit mildereren Strafen davon, als die meisten erwischten DealerInnen.¹⁷

„Vorsicht – nicht auf Menschen, Tiere oder Pflanzen sprühen, deren Vernichtung nicht erwünscht ist.“ (Warnung auf der Packung des Herbizids „Roundup“ der Firma DynCorp)¹⁸

Machtpolitisch, weil für die Ökonomien von Kriegen bedeutend, ist das Drogenverbot immens wichtig. Drogen werden von den Medien gemäß der herrschenden Ideologie nach gut und böse sortiert, während BäuerInnen in Ländern des Südens Polizeigewalt und chemikaliensprühende Flugzeuge fürchten müssen, sollten sie das nach herrschender Sicht Falsche anbauen.¹⁹

Noch Ende des 19. Jh. war Kokain, das isolierte Hauptalkaloid des Kokastrauches, frei handelbar. Dazu kamen Kokaprodukte wie z. B. Puder, Zigaretten und Nasenspray. Damals entstand - zunächst als Medizin gedacht - auch die kokainhaltige Limonade mit Colanuss, Coca Cola. Kokain war beliebt und wurde beispielsweise zur Steigerung von Leistungen und zur Inspiration genutzt.

Das Verbot wurde ab Anfang des 20. Jh. durchgesetzt. Coca Cola wurde gezwungen kein Kokain mehr zu verwenden, doch Koka selbst wird noch heute verwendet, in Form alkaloidfreier Aromen. Ab 1914 galt us-weit ein Kokainverbot. Erst 1961 verbot die UNO die Kokapflanze, indem sie mit Kokain gleichgestellt wurde. Die Rauschwirkung von Kokablättern, der „Geißel der Menschheit“²⁰ jedoch, „entspricht ... eher der einer Tasse friesischen Tees.“²¹ So schaffte die UNO, was die spanischen Kolonialherren, denen der Gebrauch der Koka als kulturell zurückgeblieben und ohnehin als eine Sache minderwertiger Rassen galt, schon lange vorher versucht hatten. Südamerikanische Staaten mußten sich verpflichten die Koka auszurotten, die Weltgesundheitsorganisation (WHO) brandmarkte das traditionelle Kauen der Kokablätter zunächst als Drogensucht, ungeachtet ihrer bewährten Nutzungsformen. Hiervon rückte sie später wieder ab. Seit 1978 ist Koka in Peru wieder erlaubt und viele andere Länder Lateinamerikas dulden den traditionellen Anbau und Konsum, teilweise rechtlich durch Ausnahmeregelungen abgesichert. Obwohl die Staaten dagegen zu halten versuchen, steigt die Anbaumenge von Koka in Ländern wie Kolumbien, Bolivien und Peru an. Ein großer Teil wird auf herkömmliche Art als Tee zubereitet oder gekaut, einiges geht auch an die Industrie, wobei Coca Cola dabei immer noch mehr kauft (z. B. von Peru 115 Tonnen, von Bolivien 105 Tonnen jährlich) als die Pharmakonzerne, welchen die LimonadenherstellerInnen auch noch das extrahierte Kokain weiterverticken. Der größte Teil der Erntemenge wird allerdings unter illegalen Bedingungen zu Kokain weiterverarbeitet. Für die meisten Länder gilt ein striktes Einfuhrverbot von Kokaprodukten. In einigen Anbauländern steigt aber der Druck, die Kokapflanze wieder freizugeben.²² Vermutlich werden nirgendwo so viele GewerkschafterInnen ermordet wie in Kolumbien. Rechtsextreme Killer töteten z. B. Mitarbeiter des Colakonzerns, die sich gewerkschaftlich betätigten.²³ Dabei sind hier nur vergleichsweise wenige ArbeitnehmerInnen organisiert. Neben Coca Cola fiel besonders auch

¹⁶ vgl. Forbes `03

¹⁷ vgl. Kuhlbrodt `01, Brady `03b, Larsen `03

¹⁸ zit. n. Damuzi `03

¹⁹ vgl. Matzat `05

²⁰ G. Bush sen., zit. n. Lessmann `97

²¹ Röckel `05

²² vgl. Lessmann `97, Haag `01, Röckel `05

²³ vgl. Brady `02/`03

British Petroleum (BP) wegen Verwicklungen in Menschenrechtsverletzungen auf. Die Ölfirma hat global Sicherheitsfirmen mit Beziehungen zu Drogenkartellen, Geheimdiensten, der Polizei und dem Waffenhandel in Diensten.²⁴

In der zweiten Hälfte der 80er wollten die USA Bolivien dazu drängen die Kokapflanze komplett zu bekämpfen und machte deshalb Hilfszahlungen davon abhängig. Bolivien lehnte ab, aber es wurde ein Programm ausgehandelt um die Landwirtschaft auf andere, zwar weniger ertragreiche, aber geduldete Pflanzen umzustellen. Bolivianische BäuerInnen, die dem Vorschlag folgten, bekamen eine Prämie versprochen, von der zunächst lediglich ein Viertel ausgezahlt wurde. Kokahandel und -anbau blieben legal. Daraufhin unterstützen die USA die örtliche Drogenpolizei personell. Anfang der 90er wurde die Bitte um Wirtschaftshilfe Boliviens an die USA mit Geld und Equipment zur Drogenbekämpfung beantwortet, Großeinsätze und Beschlagnahmungen folgten. Im Laufe der 90er geriet Bolivien seitens der USA noch weiter unter Druck, der Antidrogenkrieg sollte endlich Erfolge zeitigen.

In Bolivien entstand eine Gewerkschaft der KokabäuerInnen. Auch eine internationale Organisation, die die Legalisierung der Koka anstrebt, hat sich gegründet. Die dortige Drogenpolizei führt, trotz Legalität des Anbaus, Durchsuchungen durch und vernichtet hin und wieder Felder, meist mit der Begründung, sie befänden sich auf öffentlichem Grund und Boden. Diese Polizeieinsätze haben bereits mehrfach Aufstände nach sich gezogen, dabei gab es Verwundete und Todesopfer.

Die Vereinten Nationen tüfteln derweil an neuen Methoden Drogen auszurotten. In den 90ern scheiterte der Einsatz chemischer Keulen aus der Luft. Damals kam es zu großen Protesten und Schäden an anderen Feldfrüchten, während die kolumbianischen Anbauflächen mit Koka weiter wuchsen. Nun versuchten sie es mit einem gentechnisch veränderten, pflanzenschädigenden Pilz. Dieser bewirkte bei Einsätzen gegen usbekischen Mohnanbau, Hanffelder in Florida und peruanische Kokasträucher ernstliche Schäden an Mensch und Natur. ExpertInnen warnen vor den nicht einschätzbaren Risiken. So könnten etwa auch andere Lebewesen Opfer des Pilzes werden. Die Regierung Kolumbiens untersagte das Ausbringen dieses Pilzes auf ihrem Gebiet, wengleich ihre repressive Politik gegen Koka nicht zuletzt aufgrund der Verstrickung mit den USA - daran hängt schließlich ein guter Teil des kolumbianischen Militärbudgets - bestehen bleibt. Herbizideinsätze gegen vermeintlichen Drogenanbau sollten laut Aufforderung eines kolumbianischen Gerichtes vorerst gestoppt werden, bis die Folgen besser einschätzbar seien, aber die Regierung ging hiergegen in Berufung und sprühte die Pflanzenvernichtungsmittel erstmal weiter. Letztlich wird die offizielle Bekämpfung der Drogen mit einem Feldzug gegen die linke Guerilla in Kolumbien verknüpft, was zur Eskalation des dortigen Bürgerkrieges beiträgt. Die US-Regierung arbeitet ebenso daran Pilze zu entwickeln, die zum Angriff auf Drogenanbau genutzt werden können.²⁵

Der Widerstand gegen die Pflanzenvernichtungsmittel, welche auf Marijuana- und Kokapflanzen in Peru ausgebracht werden, wächst dort ebenfalls. In Bolivien protestierten Kokaanbauende z. T. mit Straßenblockaden. Das Militär ging hart dagegen vor. Dabei kam es zu Toten, Verletzten und etlichen willkürlichen Festnahmen. Der Präsident Kolumbiens etwa will die Zerstörung von Hanf- und Kokapflanzungen vorantreiben. Dabei kommt die Armee zum Einsatz, welche im Bund mit rechten Paramilitärs gegen die Zivilbevölkerung vorgeht.²⁶

Seit über zwanzig Jahren gehen in Kolumbien paramilitärische Truppen gegen politisch wie sozial engagierte Oppositionelle vor. Diese Gruppen wurden auf Betreiben von DrogenhändlerInnen, Militärs, Ölkonzernen und der Viehwirtschaft gegründet. Heute agieren sie im Sinne des Kapitals und geben z. B. Investitionssicherheiten oder bekämpfen störenden Gewerkschaftsaktivismus. Die Drug Enforcement Agency (DEA) unterhält Verbindungen zu Paramilitärs und dem Drogenhandel. Die Regierung der USA greift in dieser Region über private Unternehmen in den Konflikt ein. Die Militärhilfe wird hier lediglich bereitgestellt. Die Firma DynCorp bspw. hat in Kolumbien zahlreiche MitarbeiterInnen im Einsatz, die zur Drogenbekämpfung gesundheitsschädliche Herbizide mit Hubschraubern versprühen und dabei immer offensichtlicher auch auf Gegenden abzielen, deren Bevölkerung als rebellisch gilt.²⁷

In Kolumbien und Ecuador protestierten 2003 zahlreiche Menschen gegen Herbizideinsätze, die u. a. ganze Landstriche entlaubten, Getreideernten vernichteten, Brunnen vergifteten und

²⁴ vgl. Zelik `02

²⁵ vgl. Haag `01, Larsen `02, Damuzi `03, Cannabis Kultur `03

²⁶ vgl. Voltaire `01, Brady `02/03

²⁷ vgl. Zelik `02

Krankheiten, zum Teil mit Todesfolge, auslösten. Sie forderten unter anderem in einer Klage Schadensersatz von der verantwortlichen Firma DynCorp, die auch Gegenden ohne Kokaanbau augenscheinlich grundlos, noch dazu illegal, mit der hochkonzentrierten Profivariante des Herbizids „Roundup“, namens „Roundup Ultra“ besprühte. Das Unternehmen ist einer der Hauptstützen des war on drugs der US-Regierung und in dessen Auftrag global im Einsatz. Es arbeitet zusammen mit SöldnerEinheiten und ist zur Stelle, wenn es um paramilitärische Einsätze ohne Beteiligung der offiziellen Armee geht.²⁸

Im Bürgerkrieg in Kolumbien stellt sich die Situation etwa so dar, daß „die linken Kräfte einen Kampf um Gerechtigkeit und Gleichheit für die Armen und Rechtlosen führen und sich dabei teilweise durch ‚Narco-Dollars‘ finanzieren, während ihre Gegner dafür kämpfen, ein System der Unterdrückung und Fremdintervention aufrechtzuerhalten, und dabei ebenso auf Narcodollars, zusätzlich aber auch noch auf Milliarden US-amerikanischer Steuerdollars zurückgreifen.“²⁹ Der US-Regierung ist im Übrigen sehr wohl bekannt, daß die Gelder, die angeblich zur Bekämpfung des Drogenanbaus in Kolumbien dienen sollen, dort auch an folternde, mordende, rechte Paramilitärs fließen. Der konservative US-Politiker Hastert (Republikaner) etwa, drängte darauf Menschenrechtsfragen in diesem Zusammenhang in den Hintergrund zu stellen.³⁰

In Kolumbien mischen sich die USA in den Bürgerkrieg ein. Als Bush jun. an die Macht kam, verkündete der Drogenbekämpfer der neuen Regierung J. P. Walters eine Verschärfung des Kriegs gegen Drogen und eine Ausweitung der Antidrogenmaßnahmen des sog. Plan Colombia auf weite Teile der Andenregion. In den Kokaanbauregionen kommt es zu fortschreitender Militarisierung. Die kolumbianische Armee setzt Bataillone zur Drogenbekämpfung ein, wobei sie die Vorgaben der US-Drogenpolitik ausführt. Das Interesse der USA an der Militarisierung dieses Antidrogenkrieges besteht u. a. aus finanziellen Gründen. Sie geben für ihren Plan Colombia 1300 Millionen \$ aus, welche allerdings für Soldatenschulungen, Militärequipment etc. gänzlich in den USA wieder ausgegeben werden. So wird eine Menge Geld an dieser Politik verdient. Von den ca. 50 Milliarden \$ wiederum, welche laut Angaben der DEA mit Kokain aus Kolumbien verdient werden, gehen nur etwa 2,5 Milliarden nach Kolumbien selbst. Etwa 95% verbleiben andernorts in illegalen Ökonomien und Finanzgeschäften.³¹

J. M. Santos, der Verteidigungsminister Kolumbiens brachte 2007 bei der Sicherheitskonferenz in München seine Hoffnung auf finanzielle Unterstützung durch die EU mit dem Verweis auf die hohe Nachfrage nach Kokain in Europa zum Ausdruck. Er pries die Bemühungen der kolumbianischen Regierung gegen den Drogenanbau, wobei er die gesunkene Mohnproduktion in seinem Land hervorhob, die steigende Kokainherstellung jedoch dezent verschwieg. Die Verschärfung des Konflikts durch die Armee und die Unterstützung der Paramilitärs trifft jedoch die Bevölkerung. Die Strategen des Plan Colombia, der mittlerweile sogar als erfolgreiches Beispiel, etwa auch für Afghanistan angepriesen wird, haben massenhafte Vertreibungen, sowie Verluste und Schäden in der Bevölkerung bewußt hingenommen. So sind Todesopfer auch nicht ausgeblieben. Die Giftsprühaktionen zerstörten indes auch Wildpflanzen, Nutztiere und riefen tödliche Krankheiten, besonders bei Kindern hervor. Nicht nur Kokaanbaugebiete sind betroffen, auch von der Guerilla beherrschte Gebiete werden besprüht. Im Rahmen des Plan Colombia werden äußerst rechtsgerichtete Drogenorganisationen mit Waffen versorgt. Dies ähnelt dem Vorgehen die rechten Contras im Krieg in Nicaragua auszurüsten. In das Netz der mafiösen, paramilitärischen Strukturen sind zahlreiche Schützlinge der US-Behörden eingewoben. Neu auftauchende bewaffnete Gruppen haben für mehr Unübersichtlichkeit gesorgt, mit der Folge daß die Sicht der Bevölkerung auf die Konflikte entpolitisiert wird. Militärisches Vorgehen wird privatisiert, der Verlauf der kriegerischen Handlungen zunehmend von privatwirtschaftlichen Interessen abhängig. Die Finanzführung der Paramilitärs ist mit der Drogenwirtschaft verknüpft.³²

28 vgl. Damuzi `03

29 Brady `02/`03

30 vgl. ebd.

31 vgl. Vargas `01

32 vgl. Zelik `01, `02, Henkel `07

Auf den Index

Die berausende Nutzung von Opium etwa, wie in Indien und China traditionell praktiziert, wurde auch nach der Kolonisation weiterbetrieben. Im 19. Jh. führte England Kriege gegen China, um mit Opium handeln zu können. Am Ende des Jahrhunderts unterstützten die USA aus ökonomischen Gründen China gegen den Opiumhandel, was dazu führte, daß 1909 auf Bestreben der USA die erste internationale Opiumkonferenz abgehalten wurde. England verpflichtete sich den Opiumhandel einzudämmen und es begann ein Feldzug zur Ächtung von Drogen.³³ Der Senat der USA hatte bereits 1901 ein rassistisches Gesetz erlassen, welches es AmerikanerInnen Verbot mit allgemein verachteten ethnischen Minderheiten, zunächst nur außerhalb, später auch innerhalb der us-amerikanischen Grenzen, Opium- und Alkoholhandel zu betreiben. 1911 gab es einen rassistisch konnotierten Artikel vom Leiter des Büros für Rauschgiftbekämpfung Pennsylvania gegen den psychoaktiven Gebrauch von Peyote-Kakteen. Ab 1930 verknüpfte dann besonders Anslinger, der Leiter des Permanent Central Narcotic Board schärfste rassistische Hetze und Verfolgung des Hanfrauchens. 1937 unterschrieb Präsident Roosevelt das Hanfverbot.³⁴ Die Drogenverbotsthematik hat rassistische Aspekte: die dem eigenen kulturellen Konstrukt zugeschriebenen Rauschmittel gelten als üblich und ihr Konsum ist gar gern gesehen, andere werden jedoch verboten und gescholten.³⁵

Im deutschen Kaiserreich trat 1872 die erste Regelung bezüglich des Umgangs mit Marijuana in Kraft, die „Verordnung betreffend den Verkehr mit Apothekerwaren“, welche festlegte der Verkauf von indischem Hanf habe in Apotheken zu erfolgen. Um 1910 legten die deutschen Kolonialherren, etwa in Namibia, den Einheimischen Zölle beim Hanfhandel auf, um dem Konsum entgegenzuwirken. Bezüglich des Hanfhandels in Apotheken war der dt. Staat jedoch noch 1911 zu keiner Einschränkung bereit.

Die weiße Minderheitenregierung Südafrikas war neben der Türkei und Ägypten, sowie vorher schon Frankreich und Italien eine der Ersten, die darauf drängte, Hanf international zu illegalisieren. Ägypten hatte im eigenen Land schon Antihanfgesetze erlassen und stellte Ende 1924 einen Antrag, es international zu brandmarken. Daraufhin wurde die Frage zunächst an einen Ausschuß weitergereicht, der aus Abgesandten der Länder Ägypten, Frankreich, Griechenland, Großbritannien, Japan, Türkei und USA bestand. Bis auf Großbritannien forcierten diese schließlich das Hanfverbot. Am Ende war Anfang 1925 bloß noch der Delegierte Siams, des heutigen Thailand, dagegen Hanf zu verbieten. Seitdem ist Cannabis neben anderen verbotenen Drogen durch das Internationale Opiumabkommen international geächtet. Wirtschaftliche Gründe im Pharmasektor verzögerten die Umsetzung des Hanfverbotes in Deutschland jedoch noch bis 1929 und als rezeptpflichtige Medizin war es auch weiterhin erhältlich. Dies änderte sich in der BRD erst 1971 mit einer neuerlichen Verschärfung des Opiumgesetzes. Es hatte seit 1921 bestanden und sah als höchste Strafe für Handel mit Drogen drei Jahre Knast vor und wurde 1972 inhaltlich weitgehend in das damals neu geschaffene Betäubungsmittelgesetz (BtmG) überführt. Dieses unterschied nicht zwischen verschiedenen Drogen und die Strafen wurden drastisch erhöht. Das BtmG listet Stoffe auf, die im medizinischen Sinn nicht unbedingt betäubend wirken. Ob halluzinogen oder stimulierend oder so, man wirft alle in einen Topf, was zeigt, daß die Bezeichnung als Betäubungsmittel staatlicher Willkür unterliegt. Der Anbau von Hanf wurde in der BRD erst 1982 unter Strafe gestellt. Hanfbesitz kann seit 1992 straffrei sein, wenn es zum eigenen Gebrauch gedacht war und kein öffentliches Interesse am Fall besteht, auch hier gibt es keinen klaren Schutz vor Beliebigkeit. 1994 wurde das BtmG vom obersten Gericht der BRD als verfassungsgemäß bestätigt.³⁶

Die Nachfolge von Anslinger trat 1970 Dr. G. Nahas an, als Sonderberater der Narkotika Kommission der UNO. Er bezeichnete sich selbst als „Cannabis-Feind“, der selbiges „mit allen Mitteln bekämpfen“ werde, da es „unglaublich gefährlich ist und in den Wahnsinn führt.“³⁷ Dieser stand zumindest zeitweilig der arg rechtsgerichteten US-Labour Party nahe und versuchte wissenschaftlich mit fragwürdigsten Methoden zu beweisen, was längst widerlegt

³³ vgl. Scheerer `01, Cousto `02

³⁴ vgl. Cousto `01c

³⁵ vgl. JungdemokratInnen/Junge Linke NRW o. J. a, Schmidt-Semisch `00, Hövel `04

³⁶ vgl. Behr `00, grow `03, Holzer `03, Riesenbeck o. J.

³⁷ zit. n. Behr `00

war und tischte so alljährlich angeblich nun doch bewiesene Argumente gegen Cannabis auf. 1979 erschien seine gewollt panikerzeugende Hetze zusammengefasst im UN-Suchtstoffbericht.³⁸ Offiziös, regelrecht zum Krieg gegen die Drogen kam es 1969 durch Nixon, dem damaligen Präsidenten der USA. Es begann zunächst - seit den 80ern wird nämlich auch Militärgewalt eingesetzt - ein Propagandafeldzug in dem nach und nach alle sachlichen Argumentationsmöglichkeiten nivelliert wurden: Mittel „mit langen kulturellen Traditionen mutierten ... zu todbringenden Drogen und schließlich zu Rauschgiften; ihr Genuss verwandelte sich in Rausch, ihre Einnahme in Missbrauch, ihr Konsum in Sucht.“³⁹ Gesetzlich wurden die BedarfsträgerInnen dieser Waren kriminalisiert, zu InstitutsinsassInnen gemacht, um, zur Enthaltbarkeit gedrängt, zur verordneten Vernunft zu kommen.⁴⁰ Heuer hat in Wien die Instanz ihren Sitz, welche über den Rechtsstatus bestimmter Substanzen entscheidet, die Betäubungsmittelkommission der UNO.⁴¹

Der Antisemit, Homosexuellenfeind und Kommunistenhasser Nixon war wahrscheinlich nach dem 2. Weltkrieg daran beteiligt zu helfen, daß NS-Wissenschaftler und -Militärs in den USA unterkamen. Er wurde 1968 US-Präsident. Während seiner Amtszeit stieg die Zahl der Verhaftungen wegen Hanfbesitzes enorm an. Die Verfolgung von Drogendelinquenz wurde erleichtert, dazu polizeiliche Befugnisse durch unterdrückerische Maßnahmen erweitert. Eine Kommission, welche die Hanfnutzung untersuchen sollte, aber nicht zu den von Nixon erwünschten hanffeindlichen Ergebnissen kam, sondern einen toleranteren Umgang damit empfahl, wurde von ihm unter Druck gesetzt und, als das nichts half, ignoriert. Die Einstufung der Gefährlichkeit von Drogen ging bald eher vom Justizministerium aus, denn von gesundheitsbetrauten Bereichen. Unter Nixon – der nebenbei erwähnt einmal im Flugzeug Gepäck von Louis Armstrong in die Hand gedrückt bekam und für dessen Combo so den Marijuanavorrat durch den russischen Zoll schleuste - begann auch die Taktik andere Staaten mittels finanziellen Drucks zur Mitarbeit im Kampf gegen Drogen zu bewegen. Außerdem forcierte er eine Propagandawelle gegen Drogen, wobei er fleißig sämtliche Medien einbezog und sich Prominenter bediente, wie bspw. dem überschwenglichen Konsumenten rezeptpflichtiger Drogen Elvis Presley, der sich dem Präsidenten selbst aus antikommunistischen und drogenfeindlichen Motiven anempfahl.⁴²

Der Bürgermeister Schmoke (Demokraten) traute sich zuerst eine Drogenfreigabe zu präferieren. Deshalb betitelten ihn Parteifreunde alsbald als „gefährlichsten Mann der USA“.⁴³ Obgleich es von Seiten der Cops auch Forderungen gibt Drogendelinquenten abknallen zu dürfen, wie es der Polizeipräsident von Los Angeles D. Gates forderte, die Frage über den Umgang mit Drogen wird jenseits der großen Politik us-weit geführt, und die prohibitionskritischen Stimmen mehren sich in Wissenschaft, Lokalpolitik und Polizei.⁴⁴

„le|ga|li|sie|ren ... [frz. légaliser, zu: légal = gesetzlich < lat. legalis, legal]: ... die Regierung will Haschisch, den Gebrauch von Marihuana I.“⁴⁵

Was schon 2003 im Duden stand und so anschaulich die Wortbedeutung erklären soll, wollte auch seither keine der hiesigen Regierungen.

Die Nutzung von Drogen durch die Jugendkultur der 60er Jahre war für konservative Politiker ein willkommenes Vorwand zur Verschärfung der Drogenverbote und ihrer Durchsetzung. Besonders auch in Europa wurden kampagnenmäßig manipulative Horrorstories verbreitet und bis Anfang der 70er hatte sich das stigmatisierende Sündenbockbild vom Drogensüchtigen verbreitet.

38 vgl. Behr `00, Gorig `03

39 Schmidt-Semisch `00

40 vgl. ebd.

41 vgl. Haag `01

42 vgl. Larsen `02

43 zit. n. Göller `05

44 vgl. ebd.

45 Duden `03

Die Staatsgewalt agierte entsprechend, gestützt von Seiten der Presse. Die Drogenunterdrückung wurde verstärkt. Hierbei gab es zu Beginn der 70er mehrere Todesopfer durch Schüsse seitens der Polizei, z. B. einen Mitinitiator der Bewegung der umherschweifenden Haschrebellen. Seit Ende der 60er wurde die Drogengesetzgebung als Werkzeug benutzt, ungewollte Strömungen in Politik und Kultur zu unterdrücken. Bald wurde sie auch verschärft.⁴⁶ Falsche oder übertrieben Berichte, gestützt auf Gerüchte und Lügen werden in Illustrierten reihenweise veröffentlicht. Ob der Einstiegsdrogenthese - welche besagt, wer Hanf konsumiere, lande automatisch irgendwann bei anderen Drogen -, störender Unordnung, oder dem Zusammenhang von Drogen und Sex, oder noch besser sexuellen Ausschweifungen, solcherlei gilt vor allem ihr Augenmerk. So meinte etwa die „Praline“ laut psychologischer Wissenschaft funktioniere die Droge für Süchtige wie „Böse Milch“⁴⁷ und die „Hamburger Morgenpost“ erfand Zusammenhänge zwischen Drogen und Krankheiten. Die „Münchener Abendzeitung“ warnte: „Hasch verdarb Schülern Lust am Essen“.⁴⁸

Die Presselandschaft wartete mit unsachlich aufgebauchten, ethnisierten Berichten auf. Dem „Spiegel“ bspw. war 1977 klar, daß „Ware bester, also schlimmster Qualität“ aus der Türkei käme und hierzulande „In den Türkenvierteln ... für die Dealer gut unterkommen“⁴⁹ sei.

Diese Art der Presse, den Streit um das Drogenthema vehement durch falsche Infos anzuheizen, geht heute noch weiter, etwa im „Spiegel“ oder der „BZ“, wobei sich besonders auch konservative PolitikerInnen dabei hervortun, dieselben irreführenden Argumentationsmuster für ihre repressive Politik zu verwenden. Dies tat etwa der berliner Politiker N. Zimmer (CDU), der gar behauptete seine Konkurrenzparteien hätten Kiffen zum Unterrichtsfach gemacht.⁵⁰

Periodisch häufen sich in den Mainstreammedien irrationale, nicht schlüssig belegte Behauptungen - gestreut etwa von PolitikerInnen wie E. Ober (SPD) und D. Parr (FDP) - der Gehalt an Wirkstoffen der Hanfsorten sei exorbitant gestiegen und dies bedeute eine Gefahr für die KonsumentInnen. Es wird behauptet der Gehalt an psychoaktiven Wirkstoffen habe durch Züchtung in den letzten Jahren zugenommen, was durch erfahrene Hanfkenner durchaus bestritten wird. Aber wenn, auf jeden Fall bei weitem nicht in behauptetem Umfang. Es bedeutet dieser Umstand aber ohnehin nicht die unterstellte Gefahrensteigerung, sondern im Gegenteil eine Senkung selbiger. Der Konsum stärkerer Hanfsorten über den gebräuchlichen Weg des Rauchens, ist nämlich - bei an den Wirkstoffgehalt angepaßter Dosierung - weniger gesundheitsschädigend, da weniger geraucht werden muß, um dieselbe Wirkstoffmenge aufnehmen zu können.⁵¹

Wenig hilfreich ist es da allerdings im Dschungel des Irrationalen, wenn aus der Ecke der Befürworter eines liberaleren Umgangs mit Drogen esoterische, irrationale und verschwörungstheoretische Inhalte kommen. In der Zeitschrift „grow“ bspw. bekam sogar ein als Antisemit bekannter Esoteriker in einem Interview Platz, Rede und Antwort zu stehen. Die Redaktion des Blattes spielte den Antisemitismus ihres Interviewpartners im Nachhinein herunter.⁵²

Underpin: Stichwortgeber

Die Argumente für den restriktiven Kurs der Drogenpolitik liefern verschiedene Organisationen, wie sie etwa auch im nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan von 1990 genannt werden. Noch 1998 meinte Dr. Malzacher vom Bundesinnenministerium dieser Plan werde „seine Gültigkeit auch dauerhaft verteidigen“.⁵³ Die propagandistischen Informationen werden mit Hilfe von Steuergeldern verbreitet. Beteiligte Organisationen sind z. B. der Bund für drogenfreie

⁴⁶ vgl. Cousto `01c, Autorenteam `72

⁴⁷ zit. n. Autorenteam `72

⁴⁸ zit. n. ebd.

⁴⁹ Der Spiegel `77

⁵⁰ vgl. Amendt `04, Knodt `06

⁵¹ vgl. Pietri `01, Grass Times `05, Ober `05, Parr `05

⁵² vgl. Christians `00

⁵³ zit. n. Gorig `03

Erziehung e. V. in Geesthacht, die Gesellschaft gegen Alkohol- und Drogengefahr e. V. in Magdeburg, sowie der Informationskreis Drogenprobleme e. V. aus Berlin. Die Infos, etwa des zuletzt genannten Vereins, gelangen an Kriminalämter und Polizei, sowie an gesellschaftliche Entscheidungsträger z. B. aus der Politik. Sie tragen Grundzüge rechten Gedankengutes und vermitteln eine übertriebene Vorstellung der Gefährlichkeit des Hanfkonsums. Sie fokussieren ihre Informationstätigkeit überdies auch bei allgemeinen Anfragen zum Thema Drogen dramatisierend auf diesen Themenbereich. Die Materialien offenbaren Verknüpfungen bis hin zum 2002 offiziell aufgelösten Schweizer Verein für psychologische Menschenkenntnis (VPM). Hierbei handelte es sich um eine Psychosekte, welche seit Mitte der 80er ideologisch äußerst konservative bis rechtsextreme Ansichten streute, um eine freiheitlichere Drogenpolitik zu verhindern. Die Veröffentlichungen und Angaben der ReferentInnen bei Veranstaltungen zeigen die rechtsextreme Ausrichtung der VPM, welche in den 90er Jahren auch den in wissenschaftlichen Kreisen kaum anerkannten Dr. G. Nahas als Experten vorstellte, auf welchen wiederum sich noch 1999 eine steuerfinanzierte Studie bezog, die bis heute die Grundlage für zigfachen Führerscheinenzug von Hanfusern darstellt. Der damalige drogenpolitische Sprecher der SPD, J. Singer untermauerte 1996 in einer Pressemitteilung, in der es darum ging, daß seine Partei gegen Drogenfreigabe sei, seine Argumentation mit Zitaten aus einer fragwürdigen Studie des Expräsidenten der VPM. Auf diese Pressemitteilung wiederum berief sich noch 2001 Dr. H. J. Schäfer als drogenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion der SPD. Die hetzerische Horrorvorstellungen auslösenden Pseudoargumente der VPM gegen Hanf, wurden aber auch von Mitgliedern der Expertenkommission für Drogen der Kohlregierung benutzt oder in einem Sonderdruck der Deutschen Apothekerzeitung breitgetreten.

Die ersten Kongresse gegen Drogen von Dr. D. Kleiner, dem langjährigen Vorsitzenden des Informationskreises Drogenprobleme e. V. wurden von der Pharmaindustrie finanziert. Die Infos seines Kreises enthalten auch Verweise auf Antidrogenaktivitäten der Church of Scientology International, einer global agierenden, unternehmerischen Sekte, welche auch verknüpft ist mit Narconon International, die weltweit, so auch in der BRD medizinisch miserable Drogenentzugstherapien teuer verkaufen und so wohl auch neue Sektenangehörige rekrutieren.⁵⁴

Certainly: Mit Sicherheit sicher

Auch zur Rechtfertigung der häufig Sicherheitspolitik genannten Schimäre aus law & order Denken und Gruselromantik muß das Drogenthema weiterhin erhalten, indem von Banden und dunklen Straßenecken, sowie organisierter Kriminalität schwadroniert wird. Damit werden immer wieder Abbaumaßnahmen von Grund- und Freiheitsrechten gerechtfertigt.

Zu Zeiten der CDU/CSU/FDP-Regierung von 1982 bis 1998 fand unter allen Innenministern eine repressive Drogenpolitik statt, die zu weitreichender Verschärfung polizei- und überwachungsstaatlicher Maßnahmen genutzt wurde. Die verstärkte Ermittlungstätigkeit zur Bekämpfung der Drogen- und mithin, zum Bedrohungsszenario aufgebauscht, organisierten Kriminalität führte zu stetig steigenden Zahlen erwischter DelinquentInnen, die wiederum zur Begründung neuer unfreiheitlicher Gesetze herangezogen wurden. Um nur einige zu nennen: 1992 Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität, 1993 Geldwäschegesetz, 1994 Verbrechensbekämpfungsgesetz, 1998 Gesetz zur Reform des Strafrechts und sogenannter großer Lauschangriff.

Bereits 1990 ordnete Schäuble (CDU) einen „Nationalen Rauschgiftbekämpfungsplan“ an. Die Verstärkung von Polizei, Zoll, des Bundeskriminalamts, sowie deren nationenübergreifende Kooperation waren die Ziele. Folgen waren unter anderem leichtere Ausweisungsmöglichkeiten von Nichtdeutschen, Rechtsunsicherheiten für Betroffene, sowie riesige Einschnitte in Bezug auf die Privatsphäre der Bevölkerung.

Der letzte Innenminister der Regierung unter Bundeskanzler Kohl (CDU) hieß Kanther (CDU). Sein Vorgänger Seiters (CDU) und er, waren Mitglieder einer studentischen Burschenschaft, einer Art erzreaktionärem, rechten Trachtenverein mit altmodischem, männerbündischem Ehrbegriff und Elitedenken. Hier lernte Kanther die ideologische, rassistische Verknüpfung von Ausländern und Verbrechen, die er in seiner Amtszeit oft verwendete. Er, der selber mehr als

⁵⁴ vgl. ebd.

zwanzig Millionen DM aus dem Parteisäckel nach Geldwäscheprinzipien über die Grenze bringen ließ, gehörte auch zu denen, die die Verschärfung der Geldwäschegesetze vorantrieben. In die illegalen Machenschaften der sogenannten Parteispendenaffäre ebenfalls tief verstrickt, rief Kohl 1996 aus, die innere Sicherheit müsse bis 2002 wichtigstes Thema bleiben, da eine Attacke drogenerzeugender Länder zu befürchten sei.

Nachdem dann SPD und Grüne regierten, forderte Kues (CDU) 1999 eine Abkehr von der Strenge bisheriger Drogenpolitik, wurde aber sofort, etwa von Glos (CSU) und Beckstein (CSU) gerüffelt, die strikt die Null-Toleranzlinie einzuhalten forderten.⁵⁵

Zum Nachweis des Drogenkonsums werden von der Vollstreckungsgewalt z. T. unzuverlässige Testverfahren verwendet, die etwa schon durch das Vertilgen von mohnhaltiger Backware in die Irre geführt werden können. Die Fehlerquote von Tests, die aufgewischten Schweiß analysieren und so Drogenkonsum nachweisen sollen, liegt bei 20%. Auch die Zuverlässigkeit etwa von Analysen der Haare zur Ermittlung des Drogenkonsums anhand eingelagerter Stoffe läßt deutlich zu wünschen übrig.⁵⁶

Andererseits versuchen die Regierungen durch Umfragen Details über den heimlichen Drogenkonsum der Bevölkerung herauszubekommen. Die beauftragten Einrichtungen arbeiteten jedoch häufig schlampig und die Daten sind kaum aussagekräftig.⁵⁷

Die Polizei setzt auch Brechmittel gegen Verdächtige ein. Anfang 2005 starb in Bremen daran ein Mann. In der folgenden öffentlichen Debatte erschien das Opfer durchweg als Krimineller. DrogenverkäuferInnen werden nicht als Geschäftsleute gesehen, die eine Nachfrage bedienen, ihnen wird gemeinhin die Schuld an der Drogeneinnahme von Menschen generell gegeben. Eigenverantwortliches Handeln und Wollen werden ausgeblendet. Die Panikmache, die durch das Drogenverbot möglich ist, wird weidlich genutzt um polizeistaatliche Entwicklungen zu rechtfertigen.⁵⁸

Brechmittel dürfen in allen Bundesländer zum Einsatz kommen. In Hamburg, Bremen und Berlin, sowie seltener in NRW und Niedersachsen wird dies auch getan, obwohl MenschenrechtlerInnen und ÄrztInnen eindringlich davor warnen. Bereits 2001 war in Hamburg jemand in Folge einer gewaltsam durchgeführten Brechmittelverabreichung umgekommen. R. Herdenhorst (CDU) verteidigt diese Zwangseinsätze, indem er die Fälle betont, welche in seinen Augen reibungslos ablaufen.

Der polizeiliche Repressionsdruck ist jedoch nicht bei jeder Droge gleich hoch. Weder die Gefährlichkeit beim Konsum einer Substanz, noch deren Verfügbarkeit oder Verbreitung sind für die Polizei von Bedeutung. Sie richtet sich wohl eher nach politischen Vorgaben, wie die, bei der Verfolgung eher auf die Straßenszene und die dort verbreiteten Stoffe abzielen, als auf die Highsociety. So ist der polizeiliche Druck mit der einen Droge erwischt zu werden größer, als mit einer anderen, weil die Polizei in diesem Bereich möglicherweise intensiver tätig ist. Am stärksten sind junge KonsumentInnen in Gefahr erwischt zu werden. Hier kann die Statistik schnell nach oben gejagt werden, da jeder Fall als Zunahme der Jugend- bzw. Drogenkriminalität gedeutet wird und so als Rechtfertigungsinstrument zur Ausweitung polizeilicher Befugnisse dient.⁵⁹

Auf EU-Ebene wurde 2004 ein vorsichtiger drogenpolitischer Vorschlag akzeptiert, der den Mitgliedsländern empfehlen sollte weniger repressiv zu wirken und soziale Aspekte in den Vordergrund zu rücken. Die allgemeinen Empfehlungen der EU waren diesbezüglich vorher deutlicher auf Gesichtspunkte des Verbrechens gerichtet.⁶⁰

Zum Hanf

Die Konservativen plärren auch in puncto Hanf weiter ihr Zero-Tolerance-Mantra, dabei steht ihr irreales Ziel unbeirrt im Wind: Enthaltbarkeit pur.⁶¹

CDU- und CSU-PolitikerInnen halten bei ihren Argumentationen zur Erreichung ihres Ziels an der Einstiegsdrogenthese fest, wie etwa G. Kaupa, die Drogenbeauftragte der Unionsparteien.

⁵⁵ vgl. Cousto `01a, `01f, junge linke köln `05, Sprinzi `05

⁵⁶ vgl. Zawadzki `04, Grass Times `05, Graf `05

⁵⁷ vgl. Cousto `01h

⁵⁸ vgl. Matzat `05

⁵⁹ vgl. Cousto `01h, `05b, Amendt `04

⁶⁰ vgl. Matteoni `04

⁶¹ vgl. Cousto `01a, Schwarzbeck `05

Stoiber (CSU) fabulierte sogar eine horrend steigende Anzahl von Drogentoten unter den Jugendlichen herbei, sollte Hanf erlaubt werden.⁶²

Die Sozialdemokratie forderte noch 1994 eine Freigabe von Hanf. Die grüne Partei machte 1998 mit dem Spruch: „Hasch statt Kohl“ Wahlkampf. SPD und Grüne forderten Reformen in Sachen Drogen als sie in der Opposition waren. 1998 an die Regierung gelangt, änderten sie allerdings nichts an dem repressiven Kurs der Drogenpolitik, er wurde eher weiter verschärft. Auch unter rot-grüner Ägide waren Falschinformationen, Widersprüche und Täuschungsversuche in der Drogenpolitik vorherrschend, um die Verbote zu begründen.⁶³

Unter der rot/grünen Regierung wurde aufgrund politischen Vorgehens die Verschwendung von Krankenkassenbeiträgen geduldet, die Behandlung von Kranken mit Hanf als Medizin immer noch verhindert, und hanfnutzende PatientInnen weiterhin kriminalisiert. Seit 2000 hatte eine Firma wirkstoffhaltigen Hanf genehmigter- aber heimlicherweise angebaut. Pharmakonzerne kauften ihn, da sie vom Gesundheitsministerium angewiesen waren ein apothekenfertiges Produkt daraus zu entwickeln. 2004 stellte man diese Forschung ein und die Hanfanbau-Firma hatte keine Kundschaft mehr. Ihr Antrag auf direkte rezeptgebundene Abgabe des Cannabis in Apotheken wurde abgelehnt.⁶⁴

Die Ergebnisse einer Studie zum Konsum von Hanf indes, wurden allerdings von Caspers-Merk (SPD), der Drogenbeauftragten der verflorenen rot-grünen Regierung, unsachlich dramatisiert. Die gestiegene Anzahl an Personen, die Haschisch oder Marijuana zum ersten Mal testen, wird von ihr so gedeutet, als steige die Anzahl ständig hanfrauchender Jugendlicher in beträchtlicher Weise. Die Zahlen weisen im Gegensatz dazu, lediglich auf eine gestiegene Zahl von ErstkonsumentInnen. Die Menge der regelmäßigen Kiffer ist hingegen in den vergangenen zwei Jahrzehnten konstant geblieben. Auch Caspers-Merks Aussage über die Anzahl derjenigen, die wegen Hanf eine Drogenberatungstelle aufsuchen ist dramatisierend. Sie verschweigt, daß etliche darunter sind, die nicht wegen Problemen mit ihrem Konsum zur Beratung gehen, sondern aufgrund von Zwangsmaßnahmen der Roben- und Uniformtragenden. Die Höhe ihres Anteils wird dezent verschwiegen, da sich die hohen Zahlen der angeblich Beratungsbedürftigen nicht mehr so abschreckend präsentieren ließen, und diese auch nicht mehr so gut geeignet wären, neue Repressionen zu rechtfertigen.⁶⁵

Ebenso beliebig sind Caspers-Merks Aussagen zur längst widerlegten⁶⁶ Einstiegsdrogenthese. Sie bedient sich einerseits ihrer Argumentationsmuster, bestreitet aber andererseits die Richtigkeit dieser These,⁶⁷ die Genscher (FDP) einst in „Bild“ völlig sinnfrei so umrissen hatte: „Rauschgifte sind nicht mit Alkohol und Nikotin zu vergleichen. Bei Rauschgiften besteht immer die Gefahr, daß die Süchtigen zu stärkeren Drogen greifen ...“⁶⁸

Die Posse mit der geringen Menge

Seit 1994 gibt es ein Urteil des Verfassungsgerichts (BVerfG), das bis heute nicht umgesetzt wurde. Es fordert eine bundesweit einheitliche Handhabung von Einstellungen der Gerichtsverfahren in Fällen, bei denen Personen mit wenig Haschisch oder Marijuana von der Polente erwischt werden. Tatsächlich hat aber jedes Bundesland seine eigene Grenze der sogenannten geringen Menge eingeführt, bei der es zur Verfahrenseinstellung kommen kann. Im Falle irgendeiner hanebüchener Begründung, etwa seitens der Polizei, kann jedoch trotzdem ein Verfahren stattfinden. Caspers-Merk verschleierte und kaschierte diese Praxis der Nichtbeachtung des Urteils des BVerfG mehr schlecht als recht mit sich widersprechenden Aussagen, indem sie einmal Unterschiede einräumte, bei anderen Gelegenheiten aber frech

⁶² vgl. grow `03, Kaupa `05

⁶³ vgl. Cousto `01a, `01c, Gorig `03, Graf `05

⁶⁴ vgl. Knodt `05

⁶⁵ vgl. Cousto `05

⁶⁶ Bei einer repräsentativen Erhebung 1991 z. B. gaben 97,5% der Leute mit Erfahrung im Hanfkonsum an, noch nie eine andere verbotene Substanz eingenommen zu haben.

⁶⁷ vgl. Goddar `05, Huth `06, Riesenbeck o. J.

⁶⁸ zit. n. Autorenteam `72

behauptete die Rechtsprechung sei bereits bundesweit einheitlich, ganz so, wie es ihr gerade passte.

Schon 2001 hatte sie unverfroren unterstellt, der Besitz von kleinen Mengen an Hanfprodukten zum Eigenkonsum unterliege quasi keinen Strafen mehr. Seit 1995 hatten hingegen reichlich über einer halben Millionen Menschen bezüglich des Verbotes von Hanf Probleme mit der Staatsanwaltschaft, weitaus die meisten davon nur wegen kleiner Eigenbedarfsmengen. Ihnen drohen mitunter kostspielige ordnungsrechtliche Folgen, wie etwa Führerscheinentzug.⁶⁹

Die Justizsenatorin von Berlin hatte bei den Justizministern keinen Erfolg bei ihrem zaghaften Versuch, das Urteil von 1994 umzusetzen und eine bundesweit einheitliche geringe Menge festzulegen. 2002 empfahl eine Kommission von ExpertInnen in puncto Hanf von repressiven Maßnahmen Abstand zu nehmen und lieber schadensminimierend zu handeln. Auf der Internetseite des Bundesgesundheitsministeriums war dieser Bericht nur für kurze Zeit zu lesen.⁷⁰ Eine Studie des Max-Planck-Instituts aus dem Jahre 2005 bestätigte indes die von der Regierung ignorierte Uneinheitlichkeit in der Praxis der Verfahrenseinstellungen beim Besitz geringer Mengen Hanfes in verschiedenen Bundesländern.

Ab 1999 reichte der Besitz illegalisierter Substanzen aus, um Urin- oder Blutproben abgeben zu müssen. Seit der Besitz etwa kleiner Mengen Hanfes häufig straffrei bleibt, ist diese Praxis Usus. Um die Erwischten dennoch zu läutern, werden sogenannte medizinisch-psychologische Untersuchungen angeordnet oder kann die Fahrerlaubnis entzogen werden. Umstritten bleibt aber weiterhin inwiefern Hanfkonsum das Autofahren beeinflusst. Es wurde zwar ein Grenzwert eingeführt, der wissenschaftlich aber nicht begründet ist. Auf Länderebene werden FahrlehrerInnen, welche vorher einmal mit Hanf geschnappt wurden auf eventuellen Konsum hin getestet. Noch im Wahlkampf 2002 verkündeten die Grünen lauthals, Hanfbesitz allein dürfe nicht zum Führerscheinentzug führen. Aber die Grünen hatten gar nichts dafür getan, allein das BVerfG entschied, daß der Besitz von wenig Hanf nicht rechtfertige den Führerschein zu entziehen und verlangte von der Regierung ebenso, daß die strafersetzenden Schikanen mit Hilfe des Straßenverkehrsrechts zu unterbleiben haben. Auch diese Anweisung des höchsten Gerichts wurde von der rot/grünen Regierung einfach nicht beachtet.⁷¹

Shoot: Druckräume

Das angeblich der Gesundheit dienende Drogenverbot wirkte in Europa sozial pauperisierend, vor allem für Opiatbenutzende. Es leistete der Ausbreitung von Krankheiten Vorschub. Ende der 70er und Anfang der 80er waren sterile Spritzutensilien aufgrund von Kontrollen und Verboten kaum zu haben, wodurch sich z. B. AIDS vermehrt ausbreitete. Erst ab Mitte der 80er gab es Forderungen anstelle unbedingter Verhinderung des Konsums schadensminimierend zu wirken, etwa durch Austauschprogramme für Spritzen und Fixerstuben. Durch die zaghaft folgende Ergreifung solcher Maßnahmen konnten mancherorts Möglichkeiten geschaffen werden, Drogen unter sterilen Bedingungen zu injizieren. Die Sterberate bei Überdosierungen und das Infektionsrisiko nahmen dort ab. Spritzenabgabe war noch lange gesetzlich beschränkt und wurde erst ab Herbst 1992 legitim. In den 90ern verbreiteten sich chemische Partydrogen mit schwierig erkennbarer Zusammensetzung, wodurch erhöhte Risiken für die Benutzenden entstanden. Hier gab es fortschrittliche Versuche diese zu mindern, indem etwa Partygästen die Möglichkeit geboten wurde die Bestandteile ihrer Drogen ermitteln zu lassen.⁷²

Noch 2002 ging Roth (B'90/Grüne) mit Kritik an der Verhinderungspolitik solcher Möglichkeiten zur Analyse der Zusammensetzung von Drogen auf Stimmenfang. Aber erneut an die Regierung gelangt taten sie und ihre Partei nichts, um die Situation zu ändern.⁷³

Traditionell werden solche konkreten Verbesserungen für Betroffene durch die vorherrschende repressive Haltung stets verzögert. In der Schweiz eröffnete bspw. schon 1986 die erste Fixerstube, in der BRD erst Ende 1994. Gesetzlich erlaubt wurde dies erst im Jahr 2000. Erfahrungen in Frankfurt/M., welches 1990 zusammen mit Amsterdam, Hamburg und Zürich

⁶⁹ vgl. Kuhlbrodt '01, Holzer '03, Cousto '04

⁷⁰ vgl. grow '03

⁷¹ vgl. Graf '05

⁷² vgl. Cousto '01c

⁷³ vgl. Graf '05

eine Resolution zur Kooperation in der Drogenpolitik unterzeichnete - der weitere Städte folgten - zeigten, daß Ansätze der akzeptierenden Drogenpolitik, unmittelbar die Anzahl der Todesfälle unter Opiatusern senken. Die konsequente Umsetzung unterblieb aber etwa in Hamburg, wo den ProtagonistInnen der Drogenhilfeeinrichtungen keine rechtliche Absicherung widerfuhr, ihnen bürokratische Hürden gesetzt wurden und zuständige PolitikerInnen keine Verantwortung übernahmen. Dies machte sich auch in der Statistik der sogenannten Drogentoten negativ bemerkbar.⁷⁴

Als Gegenpol zu oben genannten Resolution entstand 1994 der konservative Städteverbund European Cities Against Drugs. In dessen Vorstand war u. a. Berlins Landesdrogenbeauftragte Koller, die wie der ganze Verbund, eine restriktive Linie der Drogenpolitik beibehalten will. Berlin ist hier gewichtiges Mitglied, was dessen Sozialsenatorin Stahmer (SPD) offenbar noch nicht wußte, als sie 1994 Fixerstuben in Berlin für möglich erklärte. Einen Tag darauf behauptete sie das Gegenteil und zeigte so schonmal die Beliebigkeit und das widersprüchliche Argumentationsverhalten der SPD zum Thema Drogenpolitik, welches Parteifreundin Caspers-Merk, wie wir gesehen haben, als Bundesdrogenbeauftragte und spätere parlamentarische Staatssekretärin im Ministerium für Gesundheit so kultivierte. Als Düsseldorf 1999 auf betreiben der CDU und der rechtsextremen Republikaner den European Cities Against Drugs beitrug und beschloß, keine Fixerstube zu errichten, verdoppelte sich innerhalb eines Jahres die Zahl der sogenannten Drogentoten. Mediengerecht wies Innenstaatssekretär Böse immer wieder darauf hin, daß Fixerstuben zu verhindern seien, ebenso Raupach, aus dem Vorsitz des Verbandes Berliner Staatsanwälte. Der Generalsekretär der CDU, Liepelt meinte sogar die Drogengesetze müßten verschärft werden. Auch nach der bundesweiten Legalisierung von Druckräumen blieb der Innensenator von Berlin, Werthebach (CDU), trotz dramatischer Entwicklungen bezüglich der Steigerung der Todesrate unter Opiatbenutzenden, bei der Verhinderungspolitik.

In Bremen wurden Fixerstuben Ende der 90er städtischerseits fälschlicherweise als gesundheitsgefährdend eingestuft und Bortscheller, der Innensenator von der CDU hetzte dagegen, was auch Bürgermeister Scherfs (SPD) Meinung entgegenkam. Der Versuch in der Hansestadt eine mobile Fixerstube zur Verfügung zu stellen wurde mit Beschlagnahme und rechtlicher Schikane gegenüber den Verantwortlichen beantwortet. Lange wurde die Einrichtung einer Fixerstube verhindert. Damit korrespondieren entsprechend hohe Opferzahlen. Ähnlich lief es in München ab, wo vor allem CSU-PolitikerInnen die Verhinderung fortschrittlicher Hilfen forcierten. So waren 1997 auch der Münchner Polizeiboss Koller (CSU), sowie sein Amtskollege Lücken aus Bremen gegen die überwachte Abgabe von Heroin an sogenannte schwer Abhängige, während die Polizeipräsidenten der anderen Großstädte der BRD sich dafür aussprachen, um die Gefahren zu minimieren.

In Bremen werden wissenschaftliche Erkenntnisse in der Drogenforschung vom Senat weitestgehend mißachtet, obwohl sich dort an der Uni ein bedeutendes derartiges Projekt befindet. Noch 2005 gab es weder Heroinabgabeprojekte,⁷⁵ noch Konsumräume, aber dafür die höchste Zahl sogenannter Drogentoter.

Die fortschrittlicheren Versuche, wie etwa die Fixerstuben, wurde seitens der CSU, z. B. von Lintner und Gauweiler, mit Verbrechen des deutschen Faschismus gleichgestellt. Letztere erschienen dadurch auch gleich in milderem Licht. Jedoch in Frankfurt/M. sank die Ziffer der auf Drogen zurückgeführten Todesfälle. Im seit jeher besonders repressiven Bayern wuchs sie hingegen. So konnte Leeb (CSU) 1996 vor der Presse auch nicht verhehlen, daß viele dieser Todesfälle durch das Drogenverbot bedingt seien. Als 2000 die Zahl der mit Drogen in Verbindung gebrachten Todesfälle - auch bedingt durch die hartnäckige Verhinderung der Einrichtung öffentlicher Konsumgelegenheiten seitens der Konservativen - in München drastisch anstieg, hatte Stamm (CSU), die Gesundheitsministerin Bayerns, dafür auch keine Erklärung, meinte aber weiterhin Fixerstuben seien schlecht und eine drogenfreie Gesellschaft bliebe überdies unumstößliches Ziel. Restriktive Überwachung der Drogenverbote ist auch die Route des International Narcotic Control Board, welcher um die Jahrtausendwende die Existenz der Fixerstuben in der BRD und der Schweiz ungeachtet ihrer gesundheitlich positiven Auswirkungen beanstandete.⁷⁶

⁷⁴ vgl. Cousto '01a, '01c, Bender '04

⁷⁵ Wie sie später in Hamburg, Hannover, Bonn, Köln, Frankfurt, Karlsruhe und München mit Erfolg durchgeführt wurden, und die um ihre Fortführung kämpfen müssen.

⁷⁶ vgl. Cousto '01a, '01c, '01f, '05b

In Frankfurt/M. ist mittlerweile polizeilicherseits wieder eine konsequent strenge Vorgehensweise festzustellen. Der Drogensucht Verdächtige werden im öffentlichen Raum streng kontrolliert und Leuten wird teilweise sogar der Stoff kurz vor Betreten des Druckraums weggenommen. Öffentliche Debatten über die Sauberkeit und die Wirkung des Stadtbildes werden mit dem Thema verknüpft, um mißliebige Gestalten aus der Öffentlichkeit verbannen zu können.⁷⁷

Auch andernorts sind fortschrittliche Ansätze rückläufig. CDU, FDP und die rechte Schill Partei veranlassten etwa während ihrer Regierungszeit in Hamburg, daß Spritzenaustauschprogramme eingestellt wurden, schließlich sei Abstinenz das Ziel. Auch in einigen Knästen wurden solche Programme, die es dort seit den 90ern gab, zurückgenommen. Dabei hatten wissenschaftliche Begleituntersuchungen gezeigt, daß der Gesundheitszustand der User dadurch wesentlich verbessert wird.⁷⁸

„Wer Kaviar frißt, ist ein Rogenabhängiger“⁷⁹

Opium war im 19 Jh. ein gängiges Medikament. So griff z. B. auch Marx als Medizin unter anderem auf manchmal sogar hohe Dosen von Opium zurück.⁸⁰ Noch Anfang der 20er Jahre des 20. Jh. machte die Polizei die Existenz von versteckten Konsumräumen, sogenannter Opiumhöhlen, in Hamburg aktenkundig.⁸¹ Auch die Möglichkeiten (indischen) Hanf und Haschisch als Rauschmittel zu gebrauchen waren im 19. Jh. bekannt und ihre Anwendung damaligen Schätzungen zufolge weithin geläufig. In Nordafrika - so war damals bereits in Europa bekannt - wurde ein, dem Bier ähnelndes Getränk „aus Weizen mit Gewürz und Hanf oder Haschisch gemischt.“⁸² Es wurde bis Anfang der 1930er gemeinhin auch nicht als gefährlich angesehen, wohingegen in den 70ern angebliche Risiken wie Verdummung, Persönlichkeitsveränderungen und Gewaltbereitschaft durch Kiffen heraufbeschworen wurden.⁸³ Das Konzept der Abschreckung durch (Des-)Information rief eher ablehnende Reaktionen bei der Zielgruppe hervor, nicht zuletzt aufgrund des Reizes des Verbotenen. Es handelte sich vor allem um die Ablehnung von unangemessenen Aufklärungskampagnen.

Obzwar die Auswertung suchtpräventiver Maßnahmen gezeigt hat, daß Informationsangebote allein das auf die Gesundheit bezogene Verhalten kaum beeinflussen, bestimmen diese Strategien weiterhin das Bild. Vor allem wird dabei immerfort auf negative Bereiche zur Abschreckung gesetzt, statt Wissen wertneutral zu vermitteln. Dies beinhaltet soziale Spaltungswirkungen, indem es diejenigen bestätigt, welche das gewünschte Verhalten zeigen und fordern, und die anderen außer acht läßt, wodurch der gesellschaftliche Riß zwischen beiden wächst.⁸⁴

Verbote ließen sich nur durchsetzen, indem auch triftige Gründe angegeben werden konnten. Im Gegensatz zu den allgemein akzeptierten sogenannten Genußmitteln wurde den als Rauschgiften entlarvten Substanzen unterstellt, sie seien nicht durch den Menschen beherrschbar und unterwürfen ihn ihrer Macht. Diese dürfe den Drogen auf keinen Fall überlassen werden, weshalb die Entscheidungsbefugnis über Einnahme oder Verzicht den mündigen BürgerInnen im Kampf gegen das Böse entzogen wurde. Von Beginn an war der „affirmativ so bezeichnete ‚Weltkreuzzug‘ gegen Drogen ... religiös geprägt“.⁸⁵

„Laß uns mal `n Lungenzug an deiner Forelle machen“⁸⁶

Am schärfsten verurteilt werden immer solche, die als HändlerInnen gelten. Sie werden als TäterInnen gesehen, während die Rolle des Opfers den KonsumentInnen zugeschrieben wird. Seit den 70ern wird über den Handel mit Drogen in den Medien als schlimmes Verbrechen

77 vgl. Bender `04

78 vgl. Harrach `04

79 `80er-Jahre-Graffito, zit. n. Gamber `84

80 vgl. Friedenthal `81

81 vgl. az `02

82 Grässe 1872

83 vgl. Cousto `02b

84 vgl. Amendt `04, Riesenbeck o. J.

85 Scheerer `01

86 Potts `75

berichtet, die TäterInnen, oft in die rassistische Schublade der sogenannten Ausländerkriminalität gesteckt, regelrecht zu Staatsfeinden, Killern und Terroristen stilisiert. Im Folgenden wurde dieses Bild mit der festen Verknüpfung von DealerIn und sogenannter organisierter Kriminalität ausgebaut. Es gehört mittlerweile zum Standardrepertoire an Rechtfertigungsphrasen für die Aufrüstung des Staates nach innen wie nach außen. Die Strafen für DrogenhändlerInnen sind derzeit die schärfsten seit langem und Bekämpfung von Drogen rechtfertigt sogar den Zugriff auf fremde Staatsgebiete.⁸⁷

Im Jahr 2000 ging man in der EU von über 45 Millionen Leuten aus, die wenigstens einmal im Leben Hanf genommen haben. Der bloße Konsum verbotener Drogen ist allerdings in der BRD nicht strafbar. Aber es ist nahezu unmöglich dies zu tun, ohne gegen das BtmG etwa durch Besitz des Stoffes zu verstoßen. Es wird angenommen, daß die meisten DrogenkonsumentInnen in der Jugend eine Phase haben, in der sie konsumieren und dies später weitgehend wieder aufgeben. Es spricht aber auch vieles dafür, daß etwa Cannabiskonsum heutzutage als gesellschaftlich und kulturell eingebunden gesehen werden kann, was nach sich zöge, daß es auch nicht mehr als normabweichend oder jugendtypisch gelten könnte. Die Einnahme verschiedener Substanzen ist ungeachtet ihres rechtlichen Status verbreitet. Drogengebrauch hat soziale Funktionen. So markiert etwa der gängige Konsum von Alkohol in der Jugend das Erwachsenwerden. Der Gebrauch von Drogen wird meistens als üblich angesehen. Legale Medikamente und sogenannte Genußmittel werden sogar beworben. Rituale und Spiele rund um die Alkoholeinnahme sind wichtige Geselligkeitsfaktoren mit gesellschaftlicher Relevanz. Solche mitunter ritualisierten Praktiken gelten auch für illegalisierte Drogen, in dessen geselliger Anwendung auch Informationen über Vorsichtsmaßnahmen und sichere Konsumweisen weitergegeben werden.⁸⁸

Erklärter Zielzustand der heutzutage herrschenden Drogenpolitik ist die illusorische Idee einer vollkommen abstinenten, dem oft beschworenen Drogensumpf entronnenen Gesellschaft. Gefahren werden konstatiert, die ohne die Prohibition gar nicht erst entstünden oder risikoloser zu handhaben wären. Keine der Behauptungen, normalerweise wirke eine Droge zerstörend, sie würde in jedem Falle süchtig machen, noch, ihrer Anwendung fiele die Fähigkeit frei zu entscheiden zwangsläufig anheim, oder gesunde und vernünftige Leute bedürften keiner Drogen, kann aufrecht erhalten werden. Keine öffentliche Debatte findet darüber statt, was überhaupt alles als Gefahr zu gelten habe. Üblicherweise werden Gefahren zur Untermauerung der Prohibition aufgebauscht und eine sachliche Auseinandersetzung verhindert. Verbote und Kontrollen werden nicht der mit einer Substanz verbundenen Gefahren wegen vorgenommen, sondern aufgrund politisch durchgesetzter, verbindlicher Regeln für das gesellschaftliche Zusammenleben. Immer andere Drogen galten zu unterschiedlichen Zeiten und an verschiedenen Orten als gesellschafts- und verkehrsfähig bzw. wurden geächtet. Gefahren im Umgang mit Drogen beruhen nicht allein auf der Beschaffenheit der Substanzen, auch set (persönliche Verfassung, psychisch wie körperlich) und setting (gesellschaftliche, wie räumliche Umgebung) spielen beim Konsum eine Rolle. So erreicht ein Verbot nicht die erhoffte Nichtverfügbarkeit der Droge, es wirkt sich vor allem auf die Konsumbedingungen aus. Ist das Hanfverbot bezüglich dieser Wirkung noch recht harmlos, bedeutet es für HeroinkonsumentInnen lebensgefährliche Konsequenzen. Neben gesellschaftlicher Ächtung und Isolierung ist die nicht kontrollierbare Qualität der Schwarzmarktware ebenso verhängnisvoll, wie die verbotsbedingte Höhe der Preise für die Drogen, was besonders für finanzschwache KonsumentInnen bedeutet, daß sie mitunter kriminelle Maßnahmen zur Geldbeschaffung ergreifen müssen. Dieser gesellschaftliche Rahmen zieht häufig nicht hinnehmbare gesundheitsschädliche Lebensumstände nach sich. Wer natürlich Geld wie Heu hat, kann sich diesem Schema schon eher entziehen. Die Nichtakzeptanz gegenüber Rauschzuständen und die Vorstellung, verantwortungsbewußter Umgang mit Drogen sei unmöglich, daher die absolute Enthaltensamkeit das Gebot der Stunde, lenken davon ab, daß wir zwar auch ohne Alkohol lustig sein können, aber eben auch mit oder mit wahrlich unlustig usf.

Besonders im Falle von Heroin herrscht üblicherweise ein paternalistischer Umgang mit KonsumentInnen vor, der wenig auf die konkrete Verbesserung der Lebensumstände zielt und

⁸⁷ vgl. Schmidt-Semisch '00, Damuzi '03, junge linke köln '05, Sprinzl '05

⁸⁸ vgl. Riesenbeck o. J.

meist schematisch eine asketische Lebensweise im Auge hat, anstatt individuelle Lösungen eines kontrollierten Umgangs oder Ausstiegs zu suchen.⁸⁹

Dominierend ist der Ansatz den Drogenkonsum als Bewältigungsversuch von Problemen zu erklären. Er läßt jedoch logische Gründe wie bspw. Neugier und soziologische Aspekte außer acht. Dieser pathologische Erklärungsansatz stützt sich vornehmlich auf beobachtete Einzelfälle, weniger auf repräsentative Untersuchungen.

In vielen Bereichen der Gesellschaft, wie etwa der Berufswelt ist Drogeneinnahme durchaus opportun und weit verbreitet, um die Arbeit überhaupt bewältigen zu können. Sie kann ebenfalls dazu dienen die Arbeitskraft zu erhalten, indem sie z. B. die nötige Entspannung am Feierabend möglich macht oder auch direkt zur Steigerung der Leistung bzw. Annäherung an Erfolgsmuster.⁹⁰ Und so werden uns zynisch die „gesellschaftlichen Kosten der Sucht“ vorgerechnet: „Sowohl der Arbeitsausfall wegen Krankheit und Tod als auch die Kosten für die medizinische Versorgung führten ... 2002 zu volkswirtschaftlichen Kosten von ... fast 20 Milliarden Euro.“⁹¹

„Dabei passen die scheinbar gegensätzlichen Gewohnheiten Kokain zu nehmen, um es im Job zu schaffen, und nicht zu rauchen und Sport zu treiben, um fit zu bleiben, gut zusammen: Beides fühlt sich wie ein Akt aus freien Stücken an, dient aber der Anpassung an externe Forderungen an meine Leistungsfähigkeit.“⁹² Durch das Fortschreiten industrialisierter Herstellung von Nahrung und Nahrungsergänzungsmitteln erscheinen auch hier Risse in der Evidenz herrschender Begrifflichkeiten, die übliche Drogenkonstruktion schwimmt. Wo hört die Nahrungsergänzung auf, fängt die Dopei an? Besonders dem kapitalistischen Konkurrenzdruck entgegenkommende Mittel zur Leistungssteigerung werden, etwa für SportlerInnen, zahlreich auf den Markt geworfen. Die Entwicklung neuer Produkte wird dabei, ähnlich wie bei sogenannten Designerdrogen, beschleunigt, um Verbote zu umgehen. Bezüglich Doping obliegt es den Sportverbänden, sich auszusuchen, was als verboten zu gelten habe.⁹³

Verhütung

Die gängige Drogenpolitik setzt auf Dämonisierung der Substanzen und Suchtprävention. Die Suchtprävention intendiert tunlichst frühzeitig Einfluß auf Denken und Fühlen junger Menschen zu nehmen, weit bevor an eine eventuelle Drogeneinnahme gedacht wird. Angestrebt wird hierbei eine möglichst hohe Belastbarkeit der Psyche und Flexibilität, besonders in Problemlagen, typische Attribute um im Kapitalismus zu funktionieren. Auch das ist mit regelmäßigem Drogenkonsum nicht unvereinbar, aber es geht auch nicht um eine Gesellschaft ohne - auch wenn das die Verantwortlichen so gerne glauben machen und mitunter gar selbst glauben. Es geht um Selektion. Schuldig gesprochen wird, wem Drogenkonsum zur Last gelegt wird.

Die Verhütungspolitik bezüglich Sucht bedient sich willkürlicher Zuschreibungen und Konstruktionen, so wie nicht der Punkt des Umschlags des Gebrauches von Substanzen in ihren Mißbrauch bestimmt werden kann, so gibt es nicht eine schlüssige Definition von Sucht. Galt als Sucht früher ein gesteigertes Verlangen, welches moralisch verwerflich sei, kam später die Idee einer zwanghaft ausgeführten Handlung auf. 1952 definierte die WHO den Begriff, entsprechend ihrer Aufgabe die weltweiten Drogenverbote zu legitimieren, als Gesellschaft, wie Einzelpersonen zerstörend. Hervorgehoben wurde der Aspekt der Gefahr, welcher nicht im Umgang mit den Drogen, sondern in ihnen selbst ausgemacht wurde. Es galt ihre Gefährlichkeit als süchtigmachend auszuweisen, um den Umgang mit ihnen zu verbieten. Zwölf Jahre darauf wurde der Begriff der Sucht seitens der genannten Organisation fallengelassen und durch Drogenabhängigkeit ersetzt, was im Prinzip jeden Drogenkonsum, der ohne ärztliche Anweisung erfolgt, erfasst. Der Suchtbegriff wird indes auf alle möglichen Tätigkeiten ausgeweitet und auf alles angewandt, ohne daß der/diejenige nicht leben zu können vermeint, während gleichzeitig die imaginierte Trennlinie zu den wahrhaft als süchtig

⁸⁹ vgl. JungdemokratInnen/Junge Linke NRW o. J. a, Scheerer `01

⁹⁰ vgl. Amendt `04, Diederichsen `04, Riesenbeck o. J.

⁹¹ Elter `05

⁹² Diederichsen `04

⁹³ vgl. Hövel `04

geltenden, ausgegrenzten, daher unter Umständen verelendeten Junkies nicht überschritten wird.

Seit der Nazidiktatur wurde Sucht verstärkt als Krankheit gesehen. Während damals Süchtige, die der Konstruktion deutsches Volk zugeordnet wurden, als heilbar galten, wurden diejenigen unfruchtbar gemacht, welche, der völkischen Zuschreibung wegen, als Minderwertige anderer Rassen galten, wofür auch die Sucht als Zeichen herhielt. Später erfolgte ihre gezielte, massenhafte Ermordung.

Auch in den USA galt alsbald die Einstufung von Sucht als Krankheit. Nachdem in den 30er Jahren die Alkoholprohibition gescheitert war, verbreitete sich die Ansicht, daß etwa Alkoholismus nicht geheilt werden könne, die absolute Enthaltensamkeit aber helfe. Diese Idee wurde auf andere Drogen übertragen und so fiel die Zuständigkeit in den Bereich der Gesundheitspolitik. Wer krank ist und wer nicht, entscheiden nicht die Kranken, sondern die ÄrztInnen, wodurch als süchtig Geltende gegen ihren Willen zu Therapien gezwungen und entmündigt werden können. Ein eigener Wille wird den Betroffenen ohnehin abgesprochen, schließlich agieren sie in der gängigen Sichtweise nicht selbst, sondern die Droge beherrscht sie, die ihre „Freiheit an die Sucht verloren“⁹⁴ haben, wie es ein Redakteur des evangelischen Magazins „Chrismon“ ausdrückte. Folglich kann in diesem Falle auch keine Verletzung der persönlichen Freiheit durch Verbote und Zwangsmaßnahmen mehr stattfinden, die Entscheidungsfreiheit sei ja schließlich längst durch die Substanz verletzt worden. Strafrechtlich ergibt sich daraus auch die Problematik verminderter Schuldfähigkeit. Die Definitionshoheit führt auch dazu, daß angesichts der Ungenauigkeit des Begriffes Sucht, als nicht süchtig nur gelten kann, wer die Freiwilligkeit des Konsums beweist, indem dieser eingestellt wird.

Heute mehren sich Stimmen, die darauf hinweisen, daß die vielfältigen Erscheinungsformen der gängigerweise als Alkohol- und Drogensucht geltenden Umgangsweisen keinesfalls den Krankheiten zuzuordnen sind. Vielmehr liegt hier eine Vielfalt von Zwängen, gelernten Verhaltensweisen und freien Entscheidungen zugrunde.⁹⁵ „Der Erhalt der ‚Volksgesundheit‘ findet sich als Motiv in der Idee der heutigen Drogenpolitik wieder: Reibungslose Kontrolle und Verwertung des Humankapitals.“⁹⁶ Die Drogenpolitik soll kontrollierend wirken und zwar gemäß der herrschenden neoliberalen Ideologie. Das Drogenverbot haut hin, gerade weil es irrational ist. JedeR einzelne hat scheinbar die volle Verantwortung über sein Handeln, die widersprüchlichsten Anforderungen an die Funktionstüchtigkeit zu meistern. Der unberechenbare Staat, der einmal mit medizinischer Fürsorge und Gängelung, ein anderes Mal mit polizeilicher Härte vorgeht, lehrt so die Menschen die Schuld stets bei sich selbst zu suchen und Selbstdisziplinierung zu üben.⁹⁷ In diesem Sinne können etwa auf Arbeitslosengeld 2 Angewiesene bei Androhung von Sanktionen ersucht werden den Dienst einer Drogenberatungsstelle in Anspruch zu nehmen. Das Grundsicherungsgesetz für Arbeitssuchende stützt hier die sozialarbeiterische Funktion, vermeintlich von gesetzten Normen Abweichende, gesellschaftlich einzugliedern.⁹⁸

„Mit Hilfe von Freundlichkeit und Empathie stiehlt sich der Drogenhelfer in die Perspektive des Drogengebrauchers ein, um das Mißtrauen des ‚Kunden‘ abzubauen, dessen Instrumentalisierung zu verschleiern und um auf dem Hilfemarkt konkurrenzfähig zu bleiben (Einzelfallabrechnung).“ (Schneider, W.)⁹⁹ Üblicherweise wird in der Sozialarbeit durch Zuschreibung von Unzulänglichkeiten die Stellung von Helfedienstleister und -empfängerIn vorgeprägt. Unter Mißachtung der Komplexität von Suchtursachen wird oft dem betroffenen Menschen unterstellt hilflos und -bedürftig zu sein. Die Deutungshoheit liegt auf Seiten der Heil- und Hilfekundigen, deren Vorgehen unter diesen Vorzeichen allerdings nicht besonders wirksam ist.¹⁰⁰

⁹⁴ Weitz `05

⁹⁵ vgl. JungdemokratInnen/Junge Linke NRW o. J. b; Scheerer `01; Riesenbeck o. J., Tolmein `05

⁹⁶ Matzat `05

⁹⁷ vgl. Diederichsen `04

⁹⁸ vgl. Wiedemann `04

⁹⁹ zit. n. Cousto `01c

¹⁰⁰ vgl. Riesenbeck o. J.

Entscheidungen!

Die Drogenpolitik der Repression ist, selbst an ihren eigenen Zielen einer drogenfreien Gesellschaft gemessen, ganz offensichtlich gescheitert. Ihre propagandistischen Argumente aber sind in alle gesellschaftlichen Bereiche soweit vorgedrungen, daß allgemein dieses Scheitern erst recht verschärfte Mittel zu rechtfertigen scheint. In Gegenden mit besonders strenger Handhabe der Gesetze jedoch, ist sogar ein Anstieg des Drogenkonsums zu verzeichnen. Druckräume und andere tolerierende Angebote kurbeln keineswegs den Konsum an, wie von konservativer Seite gerne behauptet, das Gegenteil ist der Fall. Stattdessen entsteht durch die Kriminalisierung und die Hetze durch die Polizei weder eine drogenfreie Gesellschaft, noch nimmt der Wunsch sich therapieren zu lassen dadurch zu, wohl aber werden so Menschen ausgegrenzt, der Verelendung und dem verfrühten Tod preisgegeben.¹⁰¹

Trotzdem, es reicht nicht zu sagen, die Prohibition sei an ihren Zielen gescheitert oder eine mächtige Lobby bedrohe tolle Produkte, die Verbote müssen in erster Linie als Missachtung der Entscheidungsfreiheit der/s Einzelnen kritisiert werden, denn sie lassen sich nichtmal im Ansatz schlüssig begründen.¹⁰² Die Drogenfreigabe ist überfällig. Es soll nicht darum gehen, daß mehr oder weniger Leute Drogen nehmen, es soll darum gehen, daß diejenigen die es tun, es unter akzeptablen, verfolgungsfreien, nicht erzwungenermaßen gesundheitsschädlichen Bedingungen tun können. Qualität von Drogen muß nachvollziehbar sein und über verantwortungsvollen Umgang mit ihnen muß sachlich informiert werden. HeroinkonsumentInnen etwa, kann aus der gesellschaftlich erzeugten Verelendung geholfen und Möglichkeiten geschaffen werden, die Droge kontrolliert zu gebrauchen oder selbstbestimmt den Konsum einzustellen. Akzeptierende Therapieangebote müssen verstärkt angeboten und Selbsthilfe organisiert werden. Restriktionen sind strikt zu unterlassen, da sie ohnehin lediglich der Machtsicherung und Deutungshoheit dienen. Der Zwang und die Kontrolle dienen dem Erreichen eines verwertbaren, also ausbeutbaren Lebensstils, und die aufgesetzte fit-for-fun-Logik liefert den dazugehörigen Frischhaltewillen der Leibtragenden, die sich selbst schon oft genug als Humankapital begreifen.

Benötigt wird nicht eine neu zusammengebastelte Definition von Sucht, mit dem Ziel unerwünschte Verhaltensweisen zu kontrollieren. Stattdessen sollte die Orientierung sich allein daran ausrichten, daß diejenigen, die Hilfe selbst erbeten, diese auch bekommen.

Damit Menschen selbst über ihr Leben und die eigene Drogennutzung bestimmen können und lernen, darüber die Kontrolle zu behalten, ist es vor allem nötig die Fähigkeiten zu stärken, sich politisch einzuschalten und politische, wie gesellschaftliche Teilhabemöglichkeiten zu erweitern.¹⁰³

Legalize Erdbeereis!

„Vielmehr ist die Legalisierungsbewegung dem warenförmigen Kern aller Neuen Sozialen Bewegungen näher, als es die Ökobewegungen z. B. je hätten sein können: der Etablierung neuer Bedürfnisse und dem Einklagen ihrer Befriedigung.“¹⁰⁴ Es könnten sich Pharmakonzerne der Mohn-, Koka- oder Hanfpflanze bemächtigen, um sie etwa dem Muster der Patentierung gentechnischer Pflanzen zu unterwerfen. Die bisherigen DrogenproduzentInnen werden unter diesen Umständen wohl einige Marktanteile verlieren, die Vielfalt der erhältlichen Sorten könnte ebenfalls gefährdet sein. So werden etwa bereits jetzt Pharmaka mit einem der Hauptwirkstoffe des Cannabis vermarktet, bei denen der Wirkstoff künstlich hergestellt wurde. Und zwar aus Hanfzüchtungen, bei denen der Wirkstoff weggezüchtet wurde und aus denen ein anderer Bestandteil gewonnen wird, der dann im Nachhinein künstlich in den gewünschten Wirkstoff umgewandelt wird. Diese Mittel wirken übrigens zumeist viel schlechter als gerauchtes wirkstoffhaltiges Cannabis mit einer Vielzahl von verschiedenen, wirkenden Inhaltsstoffen. Bei einigen nicht verbotenen Pflanzen hat es schon Versuche der Patentierung gegeben. Das hat bisher, abhängig von der jeweiligen Stärke des Widerstands dagegen, nicht immer zur Zufriedenheit der Konzerne geklappt.¹⁰⁵

¹⁰¹ vgl. Schmidt-Semisch `00, Cousto `01c, `01f

¹⁰² vgl. Scheerer `01

¹⁰³ vgl. Riesenbeck o. J.

¹⁰⁴ BAK Drogen `94

¹⁰⁵ vgl. Scheerer `01, Malmo-Levine `03, `03b

„The means are the seeds which bud into flower and come to fruition.“¹⁰⁶

In der momentanen Lage ist in hiesigen Gefilden seit dem entsprechenden Beschluß der Regierung unter Kanzler Kohl schon der Besitz von Hanfsamen verboten,¹⁰⁷ außer von wirkstoffarmen Sorten. Diese dürfen aber auch nicht einfach aus dem Müsli gesucht und dann im Park fallengelassen werden. Ganz ähnlich geht es da immer öfter auch Leuten, die eigentlich ganz legale Früchte ernten und zu diesem Zweck die gewünschten Pflanzen anbauen wollen. Die Gesetzgebung zum Saatgutverkehr, hält einige Tücken bereit und erlaubt nur anerkannte Sorten.

So können häufig auch alte, traditionelle Gemüsesorten nicht als Saatgut verkauft werden, sondern lediglich als Nahrungsmittel, eben mit der Auflage sie nicht auf fruchtbaren Boden auszubringen. Zusätzlich hat sich auf Betreiben des Bundesverbandes Deutscher Pflanzenzüchter, dem unter anderem die Chemie-, Pharma- und Saatgutgiganten BASF, Monsanto und Bayer angehören, die Unsitte eingebürgert, auf zu Saat Zwecken zurückbehaltene Teile der eigenen Ernte, Gebühren zu erheben, die sogenannten Nachbaugebühren. Seit 1997 soll also nicht nur bei Einkauf der Saat gelätzt werden, sondern bei jeder daraus erwachsenden eigenen Samenernte. Die Sorten werden dabei wie Erfindungen angesehen und unterliegen Urheberrechten. Die durch langwierige, traditionelle Züchtung entstandenen Sorten bilden aber auch den Grundstock für die heutigen Züchtungen der Global Players. Diese reißen sich das bis dato allgemein verfügbare Gut, ohne eine Entschädigung an diejenigen zu entrichten, welche durch traditionelle Zucht die Vielfalt der Nutzpflanzen geschaffen und erhalten haben, zu Profitzwecken unter den Nagel. Der Nachbau, also das Zurückhalten eigener Ernteanteile als Saatgut, soll möglichst an Anziehung verlieren und die LandwirtInnen zum Kauf der kommerziellen Saat bewegt werden. Logischerweise können sich Pflanzensorten, die nicht nachgebaut werden aber auch nicht von Generation zu Generation an die je spezifischen Standortbedingungen anpassen.

Dazu kommen weitere Probleme, da der Bestand verschiedener Nutzpflanzensorten und großer Genpools von Pflanzen zunehmend in den Händen weniger Firmen liegt, auf die sich bezüglich der Anlage genügend großer Samenvorräte verlassen werden muß. Unter den allein auf Gewinn ausgerichteten kapitalistischen Bedingungen ist die Versuchung für die konkurrenzdruckgeplagten Konzerne groß, an der Pflege der Samenarchive zu sparen. In seinem Buch „Hanf“ gibt R. C. Clarke ein Beispiel der Risiken großflächiger, moderner Monokulturen: 1970 fielen große Teile der amerikanischen Maisernte einem Pilz zum Opfer, Abhilfe konnte nur der Rückgriff auf Saatgutreserven anderer Maissorten schaffen. Die Monopolisierung durch die Unternehmen gefährdet indes weitreichend die genetische Vielfalt der Pflanzenwelt. Davon sind ausdrücklich auch Wildpflanzen betroffen. Hier wird vor allem angestrebt, das Wissen um traditionelle Heilpflanzen sämtlicher Regionen der Erde zu erfassen, die entsprechenden Pflanzen Patenten zu unterwerfen und so in klingende Münze zu verwandeln.¹⁰⁸

„The fruit will always be of the nature of the seed you planted. You can't grow a rose from a cactus seed.“¹⁰⁹

Die Legalisierung verbotener Drogen wäre der bürgerlichen Gesellschaft also durchaus nützlich. Das Drogenrecht stellt über den Umgang mit bestimmten Waren nicht sachliche, sondern rein moralische Regeln auf. Die Bewegung, welche in den 90ern Legalisierung forderte, mit ihren sozialdemokratischen Wünschen nicht mehr gesondert behandelt und gesellschaftlich integriert zu werden, moralisierte mit dem geforderten „Recht auf Rausch“ zusätzlich und „beteiligt sich ... an der Moralisierung der Jurisdiktion und hält an der Verrechtlichung des Rausches fest“¹¹⁰. (...) Wenn aber die Vernunft ... keinen anderen Weg

¹⁰⁶ Berkman '29

¹⁰⁷ Juristisch ist dies übrigens durchaus umstritten. Hanfsamen gleich welcher Sorte enthalten keine psychoaktiven Wirkstoffe. So wird durch das Verbot schon der Gedanke daran sanktioniert evtl. die Samen zur Aussaat zu bringen, um später Drogen herzustellen.

¹⁰⁸ vgl. Clarke '02, Grill '04

¹⁰⁹ Berkman '29

¹¹⁰ Statt die Abschaffung von Bedingungen zu fordern, die Berauschung unnötig riskant bis lebensgefährlich machen, zu denen ... auch die juristische Konstruktion von sich

weist, als die repressive Drogenpolitik einzustellen, die fortgeschrittene Wertvergesellschaftung jedoch keine soziale Kraft hervorbringt, die fähig oder willens wäre, sie in ihr Recht zu setzen," - schließlich garantiert die Illegalität hohe Gewinnspannen - „dann weicht die Fragestellung, was zu tun sei, der, wie weit die Krise schon ist.“¹¹¹

Keine Drogenfreigabe ist in Sicht. Stattdessen stehen die Zeichen der Zeit eher auf weiterer Einschränkung. So mehren sich Vorstöße, das Tabakrauchen in der Öffentlichkeit einzuschränken. Die Nachfolgerin Caspers-Merks als Drogenbeauftragte der Regierung Bätzing (SPD) liefert ihre Einstiegsdrogenversion: „Wer keine Zigaretten raucht, wird auch nicht so schnell zum Joint greifen“¹¹² und fordert, in Autos solle Rauchen generell verboten werden. In Köln demonstrierte der Bürgerverein Humboldt-Gremberg e. V. im Herbst 2006 zusammen mit der Rechtsaußen-Fraktion im Kölner Rat, Pro Köln, gegen eine Hilfseinrichtung für Junkies. Hier zeigte sich in den Aufrufen deutlich die gegenseitige inhaltliche Nähe, z. B. in rassistischen Ressentiments.

„Was bleibt ist reiner Voluntarismus: Gegen jede objektive Vernunft geradezu verschroben an der Vernunft festzuhalten“¹¹³, ohne Kompromisse (aus Rücksicht auf die Stimmung der normalen BürgerInnen) zu machen. Und verzweifelt unmittelbar Solidarität zu üben, die gegenüber dem Ganzen lächerlich ist, gegenüber dem einzelnen aber dessen Überleben sichern kann.“¹¹⁴

Literatur:

- Amendt, G. '04: No Drugs, No Future, In: thcene, Nr. 01/2007
- Autorenteam '72: Journalismus – ganz high, In: Helft euch selbst! Der Release-Report gegen die Sucht, Reinbek
- az '02: Opiumhöhlen in Hamburg, In: Hanfblatt Ausgabe Nov./Dez.
- BAK Drogen '94: Keine Macht ohne Drogen (extended version), In: JungdemokratInnen/Junge Linke NRW (Hg.): Freiheit stirbt mit Sicherheit, Wuppertal 1998
- Behr, H.-G. '85: Weltmacht Droge, Rastatt
- ders. '00: Von Hanf ist die Rede, Frankfurt/M.
- Bender, J. '04: Clean City, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- Berkman, A. '29: What is Communist Anarchism?, London '89
- Brady, P. '02: The geopolitics of Afghani hash, www.cannabisculture.com/articles/2225.html
- ders. '02/'03: Lateinamerika: US-Drogenkrieg stößt auf Ablehnung, In: Cannabis Kultur, Ausgabe Dez./Jan.
- ders. '03a: Bubble Hasch, In: Cannabis Kultur, Ausgabe Feb./Mrz.
- ders. '03b: Der Mord an Ashley, In: Cannabis Kultur, Ausgabe Aug./Sept.
- Cannabis Kultur '03: Gericht ordnet Einstellung von US-Regierung unterstützten Herbizideinsätzen auf angebliche Drogenfelder an, In: ebd.
- Christians, C. '00: Hetze in alternativer Zeitschrift, In: Der rechte Rand Nr. 63, Mrz./Apr.
- Clarke, R. C. '00: Afghanistan, In: grow, Nr. 5 Sept./Okt.
- ders. '02: Hanf, Aarau
- Cousto, H. '01a: Die Drogenpolitik der Parteien, sowie: Mögliche Wege in der Drogenpolitik, In: Hanf Magazin 10/2001
- ders. '01c: Hans Cousto über 100 Jahre Drogenprohibition Teile 1-2, In: Hanf Magazin 03-06/2001
- ders. '01g: Afghanistan, In: Hanf Magazin 11/2001
- ders. '01f: Verhinderungspolitik und Interventionsstrategien, In: Hanf Magazin 06/2001
- ders. '01h: Drogen, Politik und Polizei, In: Hanf Magazin 07/2001
- ders. '02: China und die Opiumkriege, In: Hanf Magazin 01/2002
- ders. '02b: Cannabis vom Werkstoff zum Wirkstoff, In: Hanf Magazin 2/2002
- ders. '04: Gedächtnisstörungen der Bundesdrogenbeauftragten, In: Hanf Journal, 01/04
- ders. '05: Mangelhafte Lesekompetenz oder Versuch einer Manipulation ... , In: Hanf Journal, 01/05
- ders. '05b: Das peinliche Schweigen der Bundesdrogenbeauftragten ... In: Hanf Journal 03/05
- Damuzi, R. '99: Kosovo drug war, interview with Dr. Chossudovsky, www.cannabisculture.com/articles/1464.html
- ders. '03: Klage gegen Todesspray, In: Cannabis Kultur Juni/Juli

Berausenden als ‚Kriminellen‘ zählt, legt das positiv gefaßte ‚Recht auf Rausch‘, ... einen Bereich fest, in dem es nicht böse ist, Drogen zu konsumieren. Passenderweise wird es ja eh von den gleichen gefordert, die so hanebüchene Quatsch wie ‚Recht auf Arbeit‘ vertreten.

¹¹¹ BAK Drogen '94

¹¹² zit. n. FAZ '06

¹¹³ Die übliche Reaktion ... auf einen Vortrag der die Sinnhaftigkeit der Heroinlegalisierung nachzuweisen trachtet, ist die, sie für vernünftig, aber dennoch ‚zu radikal‘ zu halten. Als Reaktion hinter den eigenen Verstand zurückzufallen, für den Anfang erstmal Haschlegalisierung zu fordern, bringt meist nicht einmal den Effekt. Zu recht.

¹¹⁴ BAK Drogen '94

- Der Spiegel '77: Heroin: Die Türken kommen, 21. 11.
- Deutscher Bundestag '04: Stenografischer Bericht, 93. Sitzung Berlin, Mittwoch, den 3. 3., www.petra-pau.de/15_bundestag/dok/down/15093_04_03_03_loetzsch-pau_mfr_l.pdf
- Diederichsen, D. '04: Kontrolle und Willkür, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- Duden '03: Deutsches Universalwörterbuch, 5. Aufl. Mannheim
- Elter, A. '05: Millionen verlorene Lebensjahre, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- FAZ '06: Drogen Wider das Rauchen, 04. Mai, Nr. 103
- Forbes, D. '03: USA: Der neue Polizeistaat, In: Cannabis Kultur Aug./Sept.
- Friedenthal, R. '81: Karl Marx, München
- Gamber, H. (Hg.) '84: Graffiti, München
- Goddar, J. '05: Grenzen ohne Abstinenzdogma, Interview mit Caspers-Merk, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- Göller, J.-T. '05: Der Krieg im eigenen Land, In: ebd.
- Gorig, R. '03: Das Netzwerk der Drogenkrieger mit psychologischer Menschenkenntnis, In: Cannabis Kultur Juni/Juli
- Graf, W. '04: Aus der Not eine Tugend, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- ders. '04b: Marokko abhängig von Cannabis, In: Hanf Journal Feb.
- ders. '05: Keine Macht den Grünen, In: Jungle World, 16. 2.
- Grass Times '05: Mythos Wirkstoffgehalt, sowie: Drogentests in Hamburg, Ausgabe Jan./Feb.
- Grässe, Th. 1872: Bierstudien, Zentralantiquariat der DDR (Hg.), Leipzig '78
- Grill, M. '04: Bauer Ellenberg, Emma und der Kartoffelmakt, In: Klink, V./Droste, W. (Hg.): Häuptling Eigener Herd Heft 19, Stuttgart
- grow '03: Südafrika: „Dagga“ ernährt Kleinbauern, sowie: verfassungswidrig?!? BTMG, Ausgabe Sept./Okt.
- Harrach, T. '04: Tödliche Prohibition, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- Haag, S. '01: Coca – Kokain – Crack, Teile 1-3, In: Hanf Magazin 08-10/2001
- Hanfblatt Nr. 93: Homegrowing könnte die Prohibition überwachsen, Interview mit Dr. Jansen
- Henkel, K. '07: Grüne Blätter, weißes Gold, In: Jungle World, 14. 2.
- Holzer, T. '03: Die Geschichte des Cannabisverbotes in Deutschland, In: Hanfblatt Nr. 83, Mai/Juni
- Hövel, J. a. d. '03: Zwischen Karachi und Ketama ... , In: Hanfblatt Nr. 81, Jan./Feb.
- ders. '04: Militante Mittel für Medaillenspiegel, In: Hanfblatt Nr. 88
- Huth, D. '06: Von der Behauptung über die Theorie zur Lüge: Mythos Einstiegsdroge, In: grow, Nr. 3, Mai/Juni
- JungdemokratInnen/Junge Linke NRW o. J. a: Wenn es ein Problem mit Drogen gibt, ist es die Drogenpolitik, Flugblatt
- dies. o. J. b: Jedes Kind eine Zeitbombe, Faltblatt
- JungdemokratInnen/Junge Linke '03: Stoffkunde, Drogen: Was wirkt wie und warum, Aschaffenburg
- junge linke köln '05: Beispiele repressiver Politik in der BRD, In: dies. (Hg.): Ja sicher, schon klar! Ein Magazin zum Thema Sicherheitswahn
- Kaupa, G. '05: Cannabis: keine Kuscheldroge, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- Knodt, M. '05: Rot/Grün lässt Kranke leiden, In: Hanf Journal Nr. 3
- ders. '06: Das Maß ist randvoll – lügt euch selber an!, In: Hanf Journal Nr. 6
- Kuhlbrodt, D. '01: Das Klischee der peinlichen Droge, In: Jungle World Nr. 38 vom 12. 9.
- Larsen, D. '02: Narko Nixon, In: Cannabis Kultur, Ausgabe Aug./Sept.
- ders. '03: Immer mehr Schanddaten der Behörden, In: Cannabis Kultur, Ausgabe Aug./Sept.
- Lessmann, R. '97: Koka Der Mythos vom heiligen Blatt, In: Geo Special, Nr. 5, Okt.
- Malmo-Levine, D. '03: Wird Pot bald „Pat“?, In: Cannabis Kultur Feb./Mrz.
- ders. '03b: Vorsicht: Pharma-Cannabis, In: Cannabis Kultur Dez./Jan. '03/'04
- Matteoni, F. '04: Vorstoß von links, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- Matzat, L. '05: Drogenkontrolle und Drogenpolitik Teil 4, In: ak, Nr. 491, 21. 1.
- Morena, J. '01: Barbate – ein Schmugglerdorf in Aufruhr, In: Hanf Magazin 01/2001
- Ober, E. '05: Entkriminalisieren heißt nicht Legalisieren, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- Parr, D. '05: Zu gefährlich für eine Freigabe, In: ebd.
- Riesenbeck, M. o. J.: Cannabiskonsum in der Jugendphase (unveröffentlichte Diplomarbeit)
- Röckel, M. '05: Von der Koka in Coca-Cola, In: KStA, Nr. 229, 1./2. 10.
- Pietri, J. R. '01: Der König von Nepal, Solothurn '04
- Potts, C. '75: Laß uns mal 'n Lungenzug an deiner Forelle machen, In: Bukowski, C./Weissner, C. (Hg.) '81: Terpent in on the rocks, Frankfurt/M.
- Scheerer, S. '01: Ein Bedarf von null Gramm Cannabis, In: Subtropen/Jungle World Nr. 24, 6. 6.
- Schmidt-Semisch, H. '00: Pusher, Dealer, Schurkenstaaten, In: Subtropen/Jungle World Nr. 24, 6. 6. '01
- Schwarzbeck, M. '05: Keine Gnade für Hasch-Raucher, Blinder Populismus in der „Bild“-Zeitung, In: Hanf Journal 01/05
- Sprinzl, R. '05: Ein effektives Märchen: Ausländerkriminalität, In: junge linke köln (Hg.): Ja sicher, schon klar! Ein Magazin zum Thema Sicherheitswahn
- Tolmein, O. '05: Gestohlener Rausch, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- Vargas, R. '01: „Kolumbien hat keine Drogenpolitik“, Interview in: Jungle World, Nr. 33, 8. 8.
- Voltaire, S. R. '01: Die Kokaleros kommen, In: Jungle World, Nr. 50, 5. 12.
- Weitz, B. '05: Das heilige „Nein“, In: Das Parlament, Nr. 3, 17. 1.
- Wiedemann, S. '04: Hilfe, die Helfer kommen, In: Jungle World Nr. 53, 22./29. 12.
- Zawadzki, A. '04: Blond wie James Bond ... , In: Hanf Journal Februarausgabe
- Zeilik, R. '01: Morden für und gegen Drogen, In: Jungle World, Nr. 33, 8. 8.
- ders. '02: Drogen, Söldner und Konzerne, In: Konkret 7/2002

who are you?

junge linke köln sind Mitgliedsgruppe der JungdemokratInnen/Junge Linke (JD/JL) NRW, einem parteiunabhängigen, bundesweit organisierten Jugendverband.

JD/JL-radikal

Wir begreifen unsere Politik nicht als Verbesserungsvorschläge für herrschende Regierungen, sondern als neue Perspektiven einbringende und radikal, d. h. an die Wurzel gehend, kritisierende Praxis. Unsere Arbeit orientiert sich nicht daran, was allgemein für machbar gehalten wird. Wir lassen uns nicht auf die Logik des kapitalistischen Systems ein.

JD/JL-undogmatisch

Wir hinterfragen Begriffe und Ideologien immer wieder und lehnen dogmatische, starre Denkweisen ab. Gerade die Möglichkeit vieler Meinungen und Interpretationsansätze sind für unseren Verband charakteristisch. So gibt es auch keine feste Ausrichtung, sondern wir bewegen uns in einem weiten Spektrum von antiautoritären, ökologisch alternativen, sozialistischen, anarchistischen und autonomen Kreisen.

JD/JL-parteiunabhängig

JungdemokratInnen gibt es seit langem mit wechselvoller Geschichte. Bis 1982 waren sie Jugendorganisation der FDP, von der man sich jedoch mit Einzug antiautoritärer und antikapitalistischer Ideen im Verband löste. 1990 fand der Zusammenschluß mit der, in der DDR gegründeten, marxistischen Jugendvereinigung Junge Linke statt.

JD/JL-außerparlamentarisch

Wir sehen keine Möglichkeit, allein über Parlamente tiefgreifende demokratische Veränderungen zu bewirken. Sie sind zwar gesellschaftliche Errungenschaften, doch ihr Einfluß ist begrenzt. Parteien sind von großer Bedeutung für kleine Reformen, Vertrauen verdienen sie nicht. Demokratischer Fortschritt läßt sich nur gegen den kapitalistischen Staat und seine Akteure mittels ausserparlamentarischem Druck der Linken durchsetzen.

JD/JL-aktiv

JD/JL beteiligen sich an zahlreichen Initiativen zu Themen, wie z. B. Antifa, Feminismus und Ökologie, aber greifen auch selbstbestimmt ein, wenn es um Bildungs-, Sozial- oder Drogenpolitik geht. Es gilt Herrschaftsverhältnisse offenzulegen, autoritäre Strukturen anzugreifen und gegebenenfalls durch emanzipatorische zu ersetzen. So kämpfen wir etwa gegen Rassismus in Staat und Gesellschaft, sowie die Errichtung eines Überwachungsstaates.

- stets erreichbar unter: www.jungelinke.tk



Coupon:

Ich will mehr Infos, und zwar zum Thema: _____

Schickt mir ein kostenloses Infopaket!

Ich will aktiv werden, ladet mich zu Aktionen, Seminaren und Treffen ein!

Name: _____ Alter: _____

Adresse: _____

_____ Tel.: _____

e-mail: _____

Ausschneiden und einsenden an: junge linke köln c/o Naturfreundehaus Kalk,
Kapellenstr. 9a, 51103 Köln oder e-mail an: jungelinke@gmx.de